

BERICHTERSTATTUNG ÜBER MIGRATION UND MINDERHEITEN

Möglichkeiten & Leitfaden

I. VORWORT

Unter dem Motto „Mit engagiertem Journalismus gegen Hassreden“, nimmt das Projekt *RESPECT WORDS* die Berichterstattung der Medien und die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten zu Themen im Bereich Migration und ethnische bzw. religiöse Minderheiten in den Blick.

Angesichts der Entmenschlichung der Migrationspolitik, des Verlusts von Sensibilität für das menschliche Leben und die Menschenrechte, des Anstiegs islamophober und fremdenfeindlicher Reden und der zunehmenden Kommerzialisierung des Journalismus haben sich mehr als 150 europäische Radiosender und beinahe 1.300 Journalisten aus den acht *RESPECT WORDS*-Partnerländern (Österreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Slowenien und Spanien) zusammengeschlossen, um bei der Stärkung der Berichterstattung über Migranten und Minderheiten, einem unentbehrlichen Hilfsmittel zur Bekämpfung von Hassreden, zu helfen.

RESPECT WORDS besteht aus drei Teilen:

Der erste Teil beinhaltet die Veröffentlichung und Verbreitung von „BERICHTERSTATTUNG ÜBER MIGRATION UND MINDERHEITEN: Ansatz und Leitfaden“, einer Analyse und Zusammenfassung der besten Strategien zur Berichterstattung über Migranten und Minderheiten. Dieses Dokument umfasst die Ergebnisse von Arbeitsseminaren in sieben verschiedenen Ländern im Frühjahr 2017, die die Projektpartner in Zusammenarbeit mit Experten und Zivilgesellschaftsgruppen durchgeführt haben.

Ein weiteres Ziel des Projekts ist die Erstellung einer interaktiven Onlinekarte mit den besten europäischen Strategien, um positive Initiativen im Zusammenhang mit Migration und Minderheiten in den Bereichen Journalismus, Kultur und Integration aufzuzeigen.

Im Herbst 2017 wird außerdem eine europäische Radiokampagne starten, mit dem Ziel, Hassreden zu bekämpfen.

II. EINLEITUNG

Die Medienberichterstattung hat einen immensen Einfluss auf die öffentliche Meinung über Migranten und Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten. Im Umkehrschluss beeinflusst sie die Möglichkeiten und Erfahrungen der Betroffenen.

Dieses Dokument entstand zur Zeit der großen Diskussionen über die europäische Migrations- und Immigrationspolitik. Die Qualität von Nachrichten über diese Themen, ihre Ausgewogenheit, Genauigkeit und der mitgelieferte Kontext haben deshalb zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Der Leitfaden entstand zudem in einer Zeit der wachsenden Besorgnis über die zunehmende Intoleranz gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Minderheiten insgesamt.

In einem Bericht der Europäischen Kommission über Rassismus und Intoleranz (ECRI)¹ vom Juni 2017 stellte die Kommission ein „politisches Klima“, fest „in dem Fremde als eine Bedrohung für Identität, Kultur und wirtschaftlichen Wohlstand dargestellt werden“. Weiter wird festgestellt, dass „sich im öffentlichen Diskurs vieler Länder eine wachsende Dichotomie zwischen ‘uns’ und ‘denen’ entwickelt hat, die darauf zielt, Menschen anhand ihrer Hautfarbe, Religion, Sprache oder Volkszugehörigkeit auszugrenzen. Das betrifft nicht nur kürzlich eingetroffene Migranten, sondern auch Minderheiten, die sich schon lange in Europa niedergelassen haben.“

Der Leitfaden *RESPECT WORDS* – der als Ergänzung zu bestehenden Richtlinien und guten Praktiken der Berichterstattung, wie sie bereits in vielen Medienhäusern angewandt werden, gedacht ist – spiegelt die Ergebnisse aus Seminaren in sieben Ländern und das Fachwissen zahlreicher Expertinnen und Experten wieder. Der Leitfaden identifiziert gängige Strategien der Berichterstattung, die zu einem verkürzten Verständnis der Themen rund um Migration und Minderheiten führen und macht dazu entsprechende Vorschläge.

Selbstverständlich ist die Medienlandschaft in Europa sehr vielfältig und es gibt viele Medien, die regelmäßig eine qualitativ gute Berichterstattung über Migrantinnen bzw. Migranten und Minderheiten bieten. Viele legen bei der Nachrichtenproduktion großen Wert auf eine bessere und ausgewogenere Darstellung von Migranten und Minderheiten. Kommunale Medien und – in manchen Ländern wie Griechenland ausschließlich – öffentliche Sendeanstalten haben in dieser Frage häufig eine Vorreiterrolle gespielt, indem sie diesen Gruppen ihre Tür geöffnet und ihnen Zugang zu Training, Technologie und Produktionsmöglichkeiten gegeben haben. Wenn in diesem Dokument von „den Medien“ die Rede ist, sollte diese Vielfalt mitbedacht werden.

1 ECRI, „Annual Report on ECRI’s Activities“, Juni 2017, http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/activities/Annual_Reports/Annual%20report%202016.pdf.

Im Hinblick auf spezielle Minderheiten konzentriert sich dieser Leitfaden auf die muslimischen und jüdischen Communitys sowie die Gruppe der Sinti und Roma, da diese überall in Europa vertreten sind. Die im Rahmen des Projekts *RESPECT WORDS* durchgeführten Seminare behandelten aber auch die Berichterstattung über nationale Minderheiten wie die irischen Travellers und die Gitanos in Spanien. Die besten Strategien für die Berichterstattung über diese Gruppen können in der Onlineversion dieses Dokuments unter www.respectwords.org nachgeschlagen werden.

Dieser Leitfaden soll zu einer Berichterstattung ermutigen, die Stereotype in Frage stellt und Nuancen und Kontextualisierungen in die Nachrichten über Migranten und Minderheiten einbringt. Er ist jedoch kein Aufruf dazu, sich vor schwierigen Debatten zu verstecken – oder sie gar zu zensieren. Migration und die Situation ethnischer Minderheiten in Europa sind komplexe Themen. Auch wegen des großen öffentlichen Interesses fordern sie notwendigerweise eine Vielfalt an Berichten aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Pressefreiheit zu schützen bedeutet auch, das Recht von Journalistinnen und Journalisten zu verteidigen, Nachrichten zu berücksichtigen, die vielleicht unbequem oder kontrovers sind. Dazu gehört auch, sich gegen Hassreden zu wenden, die der Unterdrückung von Kritik an Ideen oder Institutionen dienen oder Äußerungen betreffen, die lediglich „anstößig“ sind.

Obwohl guter Journalismus das Problem von Hassreden nicht alleine lösen kann und auch nicht alleine lösen sollte, glaubt das Projekt *RESPECT WORDS*, dass Medien eine große Rolle bei der aktiven Verhinderung der „Normalisierung“ von Hassreden spielen können. Darüber hinaus sind viele Akteure gefordert, sich der Bedrohung durch Hassreden entgegen zu stellen. Insbesondere muss auch die Europäische Union die bestehenden Mechanismen im Kampf gegen Hassreden stärken und neue Ideen in diesem Bereich unterstützen. Während wir entschieden die Freiheit der Meinungsäußerung verteidigen, unterstützen wir gleichzeitig die Ansicht, dass professioneller Journalismus auch bedeutet, die Objekte der Berichterstattung mit dem Respekt zu behandeln, den sie verdienen. Gleichmaßen hat Journalismus nicht nur die Funktion, verschiedene Perspektiven aufzuzeigen, sondern auch, diese einzuschätzen und differenziert darzustellen. Das bedeutet unter anderem, dass Medien keine Zeit mit extremistischen Ansichten verschwenden sollten, nur um „die andere Seite“ zu zeigen. Nicht zuletzt müssen Journalistinnen und Journalisten sich auch darüber im Klaren sein, dass Parteien und Gruppierungen bewusst Hass verbreiten, um ihre politischen und finanziellen Interessen durchzusetzen, und sie sollten darauf vorbereitet sein – im Sinne eines kritischen Journalismus – diesen Hass zu entlarven und zu hinterfragen.

A. HASSREDEN IM DEUTSCHEN KONTEXT

Historischer Kontext

Wer nach historischen Beispielen für die Wirkung von Hassreden sucht, wird in Deutschland wahrscheinlich zuerst auf die eigene Geschichte schauen. Der Holocaust ist das offensichtlichste Beispiel dafür, wie auf verbale Gewalt physische Gewalt folgen kann. Den Holocaust kann man außerdem auch als Beispiel für die langandauernde Nachwirkung sehen, die eine Welle von Hassreden haben kann. Als die Nazis die Juden für alle Übel verantwortlich machten und mit ihrer Verfolgung begannen, war dies zugleich die gewalttätigere Wiederkehr wilder antisemitischer Debatten, die das Kaiserreich ein halbes Jahrhundert zuvor erlebt hatte, als der angesehene Historiker Heinrich von Treitschke den Satz „Die Juden sind unser Unglück“ prägte und den Antisemitismus bis in die höchsten akademischen Kreise hoffähig machte.

Man kann sich fragen, ob aus diesen historischen Beispielen etwas gelernt wurde. Jedenfalls sind Hassreden in Deutschland nicht gerade selten, nur sind Hass und Erniedrigung manchmal sorgsamer verkleidet, aber noch immer klar genug.

Natürlich ist es häufig schwierig, Hassreden und bestimmte Gewaltakte eins zu eins miteinander zu verbinden. Dass aber Hassreden die Atmosphäre für Gewaltakte schaffen ist nur zu deutlich. Immer wenn die Debatte über Flüchtlinge oder die sogenannten „Ausländer“ oder was immer der gerade gängige Ausdruck ist, erhitzt wird, dann geht auch die Zahl der Gewaltakte gegen die betreffende Gruppe in die Höhe.

Auswirkungen von Hassreden

Das war jüngst während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ zu erleben und davor in den frühen 1990er-Jahren, als Flüchtlinge (oft mit dem abwertenden Begriff als „Asylanten“ bezeichnet) und generell Menschen nicht-europäischer Herkunft Opfer von Pogromen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen in den neuen Bundesländern wurden. Gleichzeitig wurden in den alten Bundesländern, Häuser und Wohnungen türkischer Familien in Brand gesteckt. Allein bei zwei Attacken in Mölln und Solingen wurden acht Menschen getötet und 26 zum Teil sehr schwer verletzt.

Ein Beispiel für den Ablauf dieser Gewaltexzesse und die Reaktionen, bzw. Nicht-Reaktionen der deutschen Gesellschaft sind die Vorfälle von Mannheim-Schönau:

<https://rdl.de/beitrag/mannheim-sch-nau-herrschte-unter-normaler-wohnbev-lkerung-pogromartige-stimmung>

Nach dem von Kanzler Helmut Kohl unter anderem mit der Drohung, andernfalls das Grundgesetz eben zu brechen,² durchgesetzten „Asylkompromiss“ von 1992/93 war die Antiasylkampagne der CDU beendet und auch die Gewalt flaute ab. Während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 stieg die Zahl der Gewalttaten wieder an. Sobald die Debatte ruhiger wurde, nahmen auch die Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime ab, um dann im 3. Quartal, also in der Zeit vor der Bundestagswahl, wieder etwas anzusteigen.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingsheime-bundeskriminalamt-zaehlt-mehr-als-1000-attacken-a-1074448.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-mehr-als-3500-angriffe-auf-fluechtlinge-im-jahr-2016-in-deutschland-a-1136334.html>

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/fremdenfeindlichkeit-angriffe-fluechtlinge>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fremdenfeindlichkeit-wieder-mehr-angriffe-auf-fluechtlinge-15320723.html>

Im Jahr 2016 wurden 3500 Angriffe entweder direkt auf Flüchtlinge oder ihre Unterkünfte registriert. Davon richteten sich 43 Angriffe direkt gegen Kinder, obwohl Kinder unter den Flüchtlingen nur eine kleine Minderheit darstellen. 217 Angriffe gegen Flüchtlinge und Institutionen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, wurden ebenfalls registriert.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-mehr-als-3500-angriffe-auf-fluechtlinge-im-jahr-2016-in-deutschland-a-1136334.html>

Bei all dem sollte nicht vergessen werden, dass die Förderung physischer Gewalt nur eine der möglichen Wirkungen von Hassreden ist. Mit Hass konfrontiert zu werden ist für niemanden ein kleines Problem. Hassreden können lange Nachwirkungen haben und zwar sowohl auf der gesellschaftlichen wie auf der individuellen Ebene. Für ersteres siehe oben.

Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen erstellen eigene Chroniken zur Dokumentation von Gewalt gegen Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten sowie Angehörige von Minderheiten. So werden auch Fälle sichtbar, die aus unterschiedlichen Gründen nicht von der allgemeinen Kriminalstatistik erfasst werden:

<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

<https://juedisches-forum-demokratie-leben.de/blog/category/monitoring/>

² <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680756.html>

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/themen/gegen-as/>

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/themen/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle-1/>

Strafrechtliche Verfolgung von Hassreden Deutschland

Im deutschen Recht existiert kein expliziter Bezug auf Hate Speech bzw. Hassreden. Nichtsdestotrotz gibt es mehrere konkrete Straftatbestände, die in Fällen von Hassreden Anwendung finden können, sei es online oder offline. Darunter sind beispielsweise im Strafgesetzbuch die Paragraphen zu Volksverhetzung (§130), zum öffentlichen Aufruf zu Straftaten (§111) oder, vielleicht am häufigsten angewendet, zu Beleidigung (§185). Gleichzeitig können auch Rechte geltend gemacht werden, die im Fall von Hate Speech oft typischerweise verletzt werden. Das gilt beispielsweise für das Recht am eigenen Bild (§201a), was insbesondere im Fall von online Hate Speech eine große Rolle spielt.

Eine kurze Übersicht über die relevanten Gesetze findet sich hier:

<https://no-hate-speech.de/de/wissen/>

Sowohl die Gesetzgebung als auch die Rechtsprechung in diesem Bereich sind komplex, stellenweise umstritten und berühren fast immer das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Entsprechende Eingriffe in diese Grundrechte müssen denn auch gegenüber dem Schutz Einzelner abgewogen werden.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-recht-und-gesetz-bei-hass-und-hetze-a-1060914.html>

Wie im Fall des „Erdogan-Gedichts“ von Jan Böhmermann zu sehen, ist auch die Frage danach, wer geschützt wird, von Bedeutung. Ob es sich bei den Adressaten von Beleidigungen um Privatpersonen oder um (ausländische) staatliche Repräsentanten bzw. Amtsträgern handelt, kann durchaus einen Unterschied machen – auch wenn der § 103 StGB. Ähnlich umstritten ist, ob ein religiöses Bekenntnis (§166) oder staatliche und religiöse Institutionen den gleichen Schutz genießen sollten wie Einzelpersonen. Im Fall der Polizei hat beispielsweise das Bundesverfassungsgericht den Satz „all cops are bastards“ nicht als Beleidigung eingestuft:

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/bundesverfassungsgericht-all-cops-are-bastards-ist-nicht-immer-eine-beleidigung-a-1099620.html>

Einen Sonderfall stellt das 2017 eingeführte Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) dar. Es belegt Anbieter wie Facebook mit empfindlich hohen Strafen, wenn sie „offensichtlich strafbare Inhalte“ nicht innerhalb von 24 Stunden löschen. Die Neuregelung versucht, die Kritik an der Fülle strafbarer und hasserfüllter Kommentare im Internet aufzunehmen und die Anbieter für die Inhalte ihrer Plattformen zur Verantwortung zu ziehen. Unstrittig ist, dass es online ein massives Problem mit Hate Speech in allen Formen gibt und das deutsche Justizsystem wie auch die Strafverfolgungsbehörden oft zu langsam reagieren. Entsprechend bleiben selbst extremste Texte oft tage- wenn nicht wochenlang online einsehbar. Das Gesetz wurde allerdings scharf für die „Auslagerung von Rechtsprechung“ kritisiert: Um die hohen Bußgelder zu umgehen würden Anbieter dazu neigen, vorsorglich auch rechtmäßige, wenn auch kontroverse Inhalte zu löschen. Zu den Kritikern zählen insbesondere auch Journalistenverbände. Ein zweiter Ansatzpunkt der Kritik ist, dass rechtspopulistische Kreise absichtlich provozierende Äußerungen verbreiten, um über eine Zensurdebatte mehr Aufmerksamkeit zu erlangen.

<https://netzpolitik.org/2017/ab-heute-gilt-das-netzdg-und-das-sind-die-gefahren-fuer-die-meinungsfreiheit/>

Europäische Union

Im Gegensatz zum deutschen (Straf-)Recht existiert im internationalen wie auch im europäischen Recht der Begriff Hate Speech. Auch hier werden Meinungs- und Pressefreiheit gegen nötigen Schutz abgewogen. Dabei hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Liste der zu schützenden Gruppen stetig erweitert. Sie umfasst mittlerweile u.a. ‚Rasse‘, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion, und Behinderung.

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat sich in mehreren Urteilen und Gutachten mit dem Thema Hate Speech beschäftigt und sich dabei zentral an der Frage orientiert, ob Äußerungen „Hass oder Intoleranz verbreiten, propagieren, rechtfertigen oder dazu anstacheln“.

http://www.echr.coe.int/Documents/FS_Hate_speech_ENG.pdf

B. MEDIENLANDSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Berichterstattung über die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘

Wie in vielen anderen europäischen Ländern auch waren in Deutschland in den letzten Jahren die Themen Einwanderung bzw. die Ankunft Geflüchteter, Integration und Islam in

den Medien wie in öffentlichen Debatten allgemein besonders präsent. Parallel dazu – wenn auch nicht ursächlich – wuchs das Misstrauen gegenüber journalistischer Arbeit allgemein.

<http://www.neuemedienmacher.de/denn-sie-wissen-nicht-was-sie-tun-wie-journalismus-die-integrationsdebatte-beeinflusst/>

Im Auftrag der gewerkschaftsnahen Otto Brenner Stiftung haben Michael Haller und sein Team die Berichterstattung überregionaler Zeitungen zur sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ analysiert.

https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/Aktuelles/AH93/AH_93_Haller_Web.pdf

Die Studie kritisiert unter anderem, dass sich die Berichterstattung vor allem auf politische bzw. parteipolitische Entscheidungsprozesse und Verlautbarungen konzentriert hat. Die in den Medien präsentierten Akteurinnen und Akteure waren dementsprechend in erster Linie Personen aus der Bundespolitik. Selten hingegen seien laut der Studie Lokalpolitikerinnen und -politiker, die Geflüchteten selbst, Ehrenamtliche oder Expertinnen bzw. Experten zu Wort gekommen. Auch die schiere Menge der Berichte kritisiert die Studie als für die Leserinnen und Leser unübersichtlich, während dafür andere wichtige Themen zu wenig Beachtung gefunden hätten.

Am meisten Resonanz erhielt die Feststellung, die untersuchten Medien seien sehr meinungsfreudig und würden in besonders großem Maße wertend bzw. kommentierend zum Thema ‚Flüchtlingskrise‘ berichten, dabei aber wenig auf „die Alltagswelt der Akteure“ eingehen. Von den Medien selbst wurden die Aussagen der Studie aber eher ausschließlich als Kritik an der angeblich leichtfertigen Zustimmung der Journalistinnen und Journalisten zur Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen im Jahr 2015 gelesen. Interpretiert wurde die komplexere, wenn auch hinsichtlich ihrer Prämissen durchaus kritisch zu betrachtende Studie in der Öffentlichkeit als eine Generalkritik am journalistischen Umgang mit dem Thema Flucht/Asyl. Es fühlten sich vor allem diejenigen bestätigt, die in etablierten Journalistinnen und Journalisten ‚Gutmenschen‘ sehen oder Mainstream-Medien allgemein die ‚Zensur‘ angeblich unliebsamer Meinungen vorwerfen. Insofern ist auch die Rezeption der Studie – unabhängig von ihrem tatsächlichen Inhalt – ein deutliches Zeichen für das Misstrauen gegenüber Medien allgemein und besonders in Bezug auf die Themen Migration und Flucht.

Eine weitere Studie blickt – ebenfalls kritisch – auf die europäische Berichterstattung über Migration und Flüchtlinge: *Changing the Narrative: Media Representations of Refugees and Migrants in Europe* (November 2017). Anders als in der Studie der Otto Brenner-Stiftung werden hier nicht nur Mainstream-Medien untersucht, sondern auch Interviews mit geflüchteten Medienschaffenden selbst und im Feld arbeitenden NGOs geführt.

[http://www.refugeesreporting.eu/wp-content/uploads/2017/10/Changing the Narrative Media Representation of Refugees and Migrants in Europe.pdf](http://www.refugeesreporting.eu/wp-content/uploads/2017/10/Changing_the_Narrative_Media_Representation_of_Refugees_and_Migrants_in_Europe.pdf)

Die Studie kommt – trotz aller Unterschiede in den untersuchten Ländern (Schweden, Großbritannien, Griechenland, Serbien, Spanien, Italien, Norwegen, Frankreich) – zu folgenden Ergebnissen:

- Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge sind als Akteure bzw. ‚Sprechende‘ in den Medien unterrepräsentiert.
- Insbesondere Frauen, aber auch andere Gruppen werden noch deutlich seltener in Artikeln und Beiträgen referenziert.
- In nur 40% der Beiträge, die Flüchtlinge und/oder Migranten überhaupt zu Wort kommen lassen, finden sich wörtliche Zitate.
- In rund zwei Dritteln der Fälle werden die entsprechenden Personen als Betroffene, nicht als Experten, Berufstätige oder anderweitig jenseits ihres Migrationsstatus dargestellt.
- Die Terminologie, mit der über Migration und Flucht gesprochen wird, ist in den untersuchten Berichten überwiegend neutral bzw. positiv. Sachlich falsche und abwertende Begriffe tauchen nicht so häufig auf wie vorher vermutet.

Auch hier machen die Autorinnen und Autoren der Studie deutlich, dass die Berichterstattung sich besonders stark auf politische Entscheidungsprozesse konzentriert (55% aller untersuchten Berichte), während beispielsweise soziale oder Gesundheitsthemen vergleichsweise selten behandelt werden (12%). Themensetzung und Framing der Berichte über Migration und Flucht setzen sich also auf der europäischen wie auf der deutschen Ebene sehr häufig mit nationalem Regierungshandeln und selten mit konkreten Lebensumständen der Betroffenen auseinander.

Selbstkritik und Selbstkontrolle

Immer wieder versuchen Journalistinnen und Journalisten, sich mit der eigenen Rolle in der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ auseinander zu setzen und daraus Ideen und Vorschläge für die eigene Arbeit zu entwickeln. In manchen Fällen wurden die jeweiligen nationalen Regelungen – in Deutschland beispielsweise der Pressekodex – als nicht spezifisch genug empfunden und neue Kodizes entwickelt. Die zwei bekanntesten Beispiele sind die „Carta di Roma“ und die „Charter of Idomeni“, die nicht grundlos in zwei von den Folgen der EU-Grenzpolitik mit am stärksten betroffenen Staaten entstanden. Beide appellieren an Journalistinnen und Journalisten, sind aber keine bindenden Regelwerke. Allerdings stehen sie für einen Prozess der Reflexion, der Medien und Medienschaffende in die Verantwortung nimmt.

<https://www.cartadiroma.org/wp-content/uploads/2014/10/CODE-AND-GLOSSARY-ENGLISH.pdf>

<https://europeanjournalists.org/blog/2016/05/12/greek-journalists-draft-ethical-code-to-fight-racism-on-refugees-coverage/>

III. ALLGEMEINE EMPFEHLUNGEN

Wenn es um Qualität und professionelle Berichterstattung über Migranten und ethnische und religiöse Minderheiten geht, empfehlen wir Journalistinnen und Journalisten, die folgenden zehn allgemeinen Strategien im Hinterkopf zu behalten:

- Wählen Sie Ihre Worte mit Sorgfalt. Prüfen Sie die Ideologie und die Konnotation, die diese vermitteln. *#RespectWords*
- Stellen Sie Stereotype in Frage und vermeiden Sie Verallgemeinerungen. Es gibt nicht die eine Migranten-/muslimische/jüdische/Roma-„Gruppe“, sondern vielfältige Gemeinschaften von Individuen, die mehr zu bieten haben, als nur ihren ethnischen, migrantischen oder religiösen Hintergrund.
- Machen Sie sich – und Ihrem Publikum – bewusst, dass Nachrichten über Migration und ethnische und religiöse Minderheiten komplex sind. Versuchen Sie nicht, ihre Berichterstattung in die üblichen Vorlagen zu pressen.
- Vergessen Sie nicht, dass der Kontext das Entscheidende ist. Berichten Sie nicht nur über Ereignisse und deren unmittelbare Konsequenzen, sondern auch über die Ursachen, die oftmals nichts mit der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit einer Person zu tun haben.
- Bieten Sie eine angemessene Bandbreite an Ansichten, auch von Migranten und Minderheiten selbst. Beziehen Sie jedoch nicht nur deshalb extremistische Ansichten mit ein, weil Sie „die andere Seite“ zeigen möchten und achten Sie auf politische und gesellschaftliche Akteure, die für ihre eigenen Zwecke Hass verbreiten.
- Vermeiden Sie es, Hassreden direkt wiederzugeben. Wenn es sich lohnt, darüber zu berichten, erläutern sie diese, indem Sie den Kontext aufzeigen und solche Reden anfechten. Klären Sie über alle Falschaussagen auf, auf die sich Hassreden stützen.
- Vergessen Sie nicht, dass sensible Daten (z.B. ethnische Herkunft; Weltanschauung, religiöser oder anderer Glaube, politische Zugehörigkeit oder die Zugehörigkeit zu Gewerkschaften; medizinische Informationen und Details zur sexuellen Orientierung) nur dann genannt werden sollten, wenn sie für das Verständnis des Publikums von Bedeutung sind.
- Stellen Sie sicher, dass der Titel ihres Artikels oder Programms die Ereignisse oder Themen nicht dramatisiert. Häufig ist das das Einzige, woran sich das Publikum erinnert.

- Wahren Sie journalistische Prinzipien. Prüfen Sie die Fakten, respektieren Sie die Maxime der Unschuldsvermutung, wenn Sie über Verbrechen berichten; schützen Sie die Rechte Ihrer Quellen, besonders derer, die sich in einer angreifbaren Position befinden.
- Die Herausforderungen in der Berichterstattung über Migration und Minderheiten nehmen ständig zu. Nehmen Sie Möglichkeiten wahr, ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihr Problembewusstsein stetig weiterzuentwickeln.

IV. BERICHTE ÜBER MIGRATION

A. ANSATZ

Obwohl Europa seit Jahrzehnten ein Ziel für Migrantinnen und Migranten ist, hat die Ankunft von hunderttausenden Einwanderern, die über die Türkei und Nordafrika gekommen sind, das Thema in den letzten Jahren in den Vordergrund der politischen Debatten in den EU-Ländern gerückt. Für die Öffentlichkeit ist eine informative und ausgewogene Berichterstattung über die Migrationsbewegungen unerlässlich, um die volle Dimension dieses Themas verstehen zu können.

Sensationalisierende oder vereinfachende Berichterstattung führt jedoch zu einer Kluft zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und der Realität von Migration. Die daraus entstehenden falschen Vorstellungen können bestehende gesellschaftliche Vorurteile gegen Migranten wieder entfachen und neue hervorbringen. Sie verhindern informierte Debatten und gefährden in Extremfällen die Sicherheit von Migrantinnen und Migranten.

B. AKTUELLE NEGATIVBEISPIELE AUS DEN MEDIEN

Sprachliche Übertreibung: Berichterstattung, die übertriebene und emotional aufgeladene Sprache verwendet, um die Einwanderungsbewegung zu beschreiben. Insbesondere Begriffe wie „Strom“, „Welle“ oder „Flut“ lösen Bilder von Naturkatastrophen aus und damit den Impuls, sich und seine Familie gegen drohendes Unheil zu schützen. Gleichermaßen vermitteln Begriffe wie „Horde“ oder „Ansturm“ den Eindruck einer „Masseninvasion“. Diese Art von Sprache entmenschlicht Migrantinnen bzw. Migranten und Asylsuchende und sorgt beim Publikum fälschlicherweise für ein Gefühl des „Belagertseins“ durch einen „Feind“, der zurückgedrängt werden muss.

Fehlende Berichterstattung über die positiven Beiträge von Migrantinnen und Migranten zur Gesellschaft: Berichterstattung, die Migrantinnen und Migranten als ausschließlich negativen Einfluss auf die Gesellschaft darstellt, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Migranten und generell die aktuelle Migrationsbewegung nach Europa werden immer wieder als eine „Bürde“ oder „Belastung“ für die Gesellschaft beschrieben. Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit wird dabei den positiven Auswirkungen von Migration geschenkt, z.B. in Sachen Arbeitskräftemangel in bestimmten Branchen. Einige Berichte stellen Migration als einen Nettokostenpunkt für das soziale Sicherheitsnetz dar (z.B. bei der gesetzlichen Krankenversicherung oder beim Arbeitslosengeld), ohne nachzuweisen, dass Migrantinnen und Migranten tatsächlich mehr aus der sozialen Absicherung beziehen, als sie über Steuern einzahlen.

Vernachlässigung der Stimmen von Migrantinnen und Migranten in der Berichterstattung über Migration: Es entstehen viele Berichte über Flüchtlinge, Asylsuchende und Einwanderer, jedoch oftmals ohne die Meinung eben jener Personen zu integrieren. Dadurch „verstummen“ Migrantinnen und Migranten und werden in den Augen der Öffentlichkeit zu einer homogenen Masse. Die persönlichen Geschichten der Migranten – vor allem die Gründe, warum sie ihre Heimat verlassen – bleiben ungehört.

Unvollständige Darstellung der „Flüchtlingskrise“: Eine Berichterstattung, die sich unverhältnismäßig stark auf die „akuten“ Themen bezieht, beispielsweise ob Asylsuchende einen tatsächlichen Anspruch besitzen, ob Migrantinnen und Migranten das Recht haben, im Land zu bleiben und wie Abschiebungen durchgesetzt werden können. Eine solche Berichterstattung verstärkt den Eindruck, dass Migration vorrangig, oder gar ausschließlich, eine Frage von Recht und Ordnung ist. Der internationale Kontext – zum Beispiel die Gründe (Krieg, Klimawandel, Armut, etc.) für Migration oder der Hintergrund des Grundrechts auf Asyl – ist oftmals nicht zu erkennen. Das lässt das Publikum mit einem unausgeglichenen und unvollständigen Bild zurück.

Konzentration auf dramatische Ereignisse unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten/die Kriminalisierung von Migranten im Allgemeinen: Gewalttätige Individuen finden sich in jeder größeren Gruppe von Menschen. Die Berichterstattung greift allzu oft begierig Gewalttaten auf, die durch einzelne Migranten verübt wurden, und das in einer Art und Weise, die darauf schließen lässt, dass Migrantinnen und Migranten im Allgemeinen eine „Gefahr“ sind und zur Gesetzeslosigkeit neigen, was zu Furcht und gesellschaftlicher Ablehnung führt. In manchen Fällen werden bei der Berichterstattung gängige Statistiken, die die Annahme widerlegen, dass Migration zu einer erhöhten Kriminalitätsrate führt, völlig außer Acht gelassen.

Kritiklose Wiedergabe der Äußerungen von Politikerinnen und Politikern: Die Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Faktenprüfung von Äußerungen des politischen Führungspersonals. Dies gilt vor allem in Bezug auf diejenigen, die daran interessiert sein könnten, gegen Migranten zu hetzen oder deren Ziel es ist, Hass zu verbreiten, um ihre Interessen voranzutreiben. Journalistinnen und Journalisten sollten in Debatten um Migration ideologisch neutral bleiben, jedoch nicht davor zurückschrecken, hasserfüllte Absichten oder Behauptungen von politischen Akteuren aus allen Lagern zu hinterfragen und anzuprangern.

Verwendung falscher bzw. unpräziser Begriffe: In manchen Berichten wird zwischen Immigranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden kein Unterschied gemacht. Zum Teil werden diejenigen mit guten Aussichten auf Asyl oder diejenigen, die vor Katastrophen fliehen, mit Armutsflüchtlingen in einen Topf geworfen und haben daher gegen die öffentliche Skepsis zu kämpfen. Darüber hinaus werden weiterhin Adjektive wie „illegal“ zur

Personenbeschreibung verwendet („illegale Immigranten“), statt, zum Beispiel, von einer Einreise ohne Autorisierung zu sprechen (die zu einem legalen Status führen kann).

Migrantinnen und Migranten zu „Fremden“ machen: Eine Berichterstattung, in der Einwanderer als eine homogene „Masse“ dargestellt werden, die sich grundlegend von den Menschen ihres Ziellandes unterscheidet. Tatsächlich besteht die einzige Gemeinsamkeit von Migrantinnen und Migranten oftmals darin, dass sie in das gleiche Land eingewandert sind. Die Berichterstattung verdeckt oftmals auch, dass „Migranten“ Individuen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen sind und dass sie – unabhängig von ihrem Status als Einwanderer – dieselben Sorgen, Hoffnungen und Träume haben wie die Menschen in ihrem Zielland.

C. EMPFEHLUNGEN

- Vermeiden Sie Verallgemeinerungen. Migration ist ein komplexes Thema mit vielen verschiedenen Ursachen und Auswirkungen und es verdient eine differenzierte Berichterstattung. Generell sind Migrantinnen und Migranten selbst weder grundsätzlich Opfer noch Helden.

- Machen Sie nicht den Fehler, sich nur auf die möglichen negativen Folgen großflächiger Migration zu konzentrieren. Es ist ebenso wichtig, die positiven Beiträge von Migration und einzelnen Einwanderern hervorzuheben.

- Versuchen Sie, so genau wie möglich und unvoreingenommen zu sein. Ihre Berichterstattung sollte unparteiisch und vollständig sein und auf Fakten basieren.

- Wenn Sie über die Auswirkungen von Migration auf Bereiche wie die Wirtschaft und Kriminalität berichten, fallen Sie nicht auf Annahmen oder Erzählungen herein, die auf politische Interessen oder auf Emotionen zurückzuführen sind. Halten Sie sich an die Fakten – was zeigen die Statistiken wirklich?

- Vermeiden Sie es, Migrantinnen und Migranten alle über einen Kamm zu scheren. Behalten Sie im Hinterkopf, dass es in jeder größeren Gruppe von Menschen – sowohl bei Einwanderern als auch bei allen anderen – Kriminelle und „Regelbrecher“ gibt. Achten Sie darauf, nicht die Handlungen eines Einzelnen dafür zu nutzen, die Reputation aller Mitglieder dieser Gruppe zu schädigen und das Misstrauen auf alle Migranten zu lenken.

- Vermeiden Sie Effekthascherei. Wenn innerhalb des Asylsystems Probleme auftreten – zum Beispiel gewaltvolle Proteste oder ein Anstieg der Kleinkriminalität – sollten Sie kritisch nach den Ursachen suchen.

- Kontextualisieren Sie Migrationsbewegungen. Informieren Sie Ihr Publikum darüber, warum diese Menschen sich dazu veranlasst fühlen, ihre Heimat zu verlassen und forschen Sie nach, welche Verbindung möglicherweise zur Politik und zum Handeln europäischer Staaten besteht.
- Informieren Sie Ihre Leser, Zuschauerinnen oder Zuhörer über das Recht auf Asyl (über dessen Hintergrund und staatliche Verpflichtungen) und über den Ablauf der Antragstellung.
- Binden Sie die Stimmen von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Einwanderern mit ein, wenn Sie über Migration berichten.
- Vergessen Sie nicht, dass es keinen strukturellen Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus gibt. In Fällen, bei denen ein Zusammenhang zwischen den beiden Themen bestehen könnte, bleiben Sie bei den Fakten und vermeiden Sie Verallgemeinerungen.
- Vermeiden Sie entmenschlichende Sprache, die an Invasionen oder Naturkatastrophen erinnert („Horde“, „Flut“).
- Differenzieren Sie, wenn dies möglich und geboten ist, zwischen „Asylsuchenden“, „Flüchtlingen“ und „Migranten“. Vermeiden Sie pauschale Annahmen über die Beweggründe von Migrantinnen und Migranten.
- Vermeiden Sie das Adjektiv „illegal“, wenn Sie Migrantinnen und Migranten beschreiben. Vermeiden Sie Begriffe, die eher auf Gegenstände zutreffen als auf Menschen.
- Wenn Sie Migrantinnen und Migranten als Quellen oder in Interviews befragen, sollten Sie sie mit demselben Respekt behandeln wie alle anderen Quellen. Seien Sie jedoch achtsam bezüglich bestimmter sensibler Aspekte. Asylsuchende, die aufgrund von Verfolgung geflohen sind, fürchten sich vielleicht vor Repressalien, auch in Bezug auf ihre Familien zuhause, oder haben Angst, ihren Asylantrag zu gefährden. Erklären Sie klar und deutlich, was Sie mit dem Material vorhaben (nutzen Sie, wenn nötig, einen Dolmetscher) und respektieren Sie die Bitte um Anonymität.
- Wenn es um Video- und Fotoaufnahmen geht, sollten Sie eine Balance zwischen dem Nachrichtenwert und dem Recht auf Privatsphäre (dies gilt auch für kulturelle Werte in Bezug auf das Fotografiertwerden) und den potentiellen Folgen für Migrantinnen und Migranten finden. Stellen Sie sicher, dass die Titel bzw. Beschreibung der Fotografien zutreffend sind.
- Zitieren Sie keine Politiker oder öffentlichen Meinungsträger zu Migrationsthemen, ohne die Aussagen zu kontextualisieren, sie zu begründen und, wenn nötig, in Frage zu stellen. Suchen Sie nach Expertenmeinungen, nach der Meinung von Interessenvertretungen und

Migrantinnen und Migranten selbst, um den Kontext richtig darzustellen und Ansichten und Annahmen der Politiker und Politikerinnen zu hinterfragen.

- Wenn es nötig und angebracht ist, über hasserfüllte und/oder rassistische Kommentare von Gruppierungen oder Einzelpersonen zu berichten, vermitteln Sie diese Aussagen, indem Sie sie hinterfragen. Falsche Angaben, auf die sich solche Aussagen stützen, sollten als solche benannt werden. Reproduzieren Sie solche Äußerungen nicht nur wegen ihres Schockpotentials.

- Verlassen Sie sich nicht auf gängige Erzählungen, Bilder und Redewendungen über Migrantinnen und Migranten. Untersuchen Sie diese stattdessen kritisch. Machen Sie sich aus erster Hand mit dem Thema vertraut. Reden Sie selbst mit Migrantinnen und Migranten. Besuchen Sie Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylunterkünfte. Befragen Sie Expertinnen bzw. Experten und zivilgesellschaftliche Gruppen zu ihrer Meinung und ihrem Fachwissen.

- Hinterfragen Sie Annahmen darüber, wer als Migrantin gilt und wer nicht bzw. wie ein Migrant auszusehen und zu handeln hat. Gehen Sie nicht nur davon aus, dass jemand ein Einwanderer ist, weil er vermeintlich so aussieht. Darüber hinaus sind Migrantinnen und Migranten die Menschen, die tatsächlich einwandern. Deren Kinder oder Enkel, die im besagten Land geboren werden, fallen nicht länger zwangsläufig unter diese Kategorie.

D. MEDIEN UND MEDIENPROJEKTE VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Eine Ursache des teilweise verzerrten Bildes von Migration in den deutschen Medien liegt im geringen Anteil von Medienschaffenden mit sogenanntem Migrations- bzw. Fluchthintergrund. Auch wenn etablierte Medien ihre Redaktionen langsam öffnen: Eine eigene Stimme bekommen Migrantinnen und Migranten in Deutschland zunehmend über selbstgegründete Medienprojekte. Auch wenn die Reichweite dieser Projekte – vielleicht vom Migazin abgesehen – oft nur lokal ist, stellen diese Medien eine wichtige Bereicherung der deutschen Medienlandschaft dar; das betrifft nicht nur das Thema Migration. Die Liste ist nicht vollständig, sondern soll einen ersten Überblick bieten.

Print bzw. Online:

Migazin

www.migazin.de

InZeitung (Freiburg)

www.inzeitung.de

Radio:

Viele freie Radios haben es sich seit Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht, Migranten eigene Sendungen, teilweise in ihren Herkunftssprachen, zu ermöglichen. Zusätzlich sind besonders im Zuge der Fluchtbewegungen der 2010er-Jahre Radioprogramme von Flüchtlingen entstanden:

Deutschland:

Common Voices, Radio Corax (Halle):

<http://commonvoices.radiocorax.de/>

Refugee Radio, Freies Radio für Stuttgart:

<http://www.freies-radio.de/projekt/refugee-radio>

Our voice – Die Stimme der Unsichtbaren, Radio Dreieckland (Freiburg):

<https://rdl.de/sendung/our-voice-die-stimme-der-unsichtbaren>

Refugee Radio Network, Freies Sender Kombinat (Hamburg):

http://www.fsk-hh.org/sendungen/refugee_radio_network

Migration Heute, Oldenburg 1:

<https://migrationheute.wordpress.com/>

Babak Scharki, LOHRO (Rostock)

<https://www.lohro.de/>

Barnamay Kurdi, Radio Unerhört Marburg

<https://www.radio-rum.de/blog/>

Black rose, coloRadio (Dresden)

<http://coloradio.org/site/>

Borderless Broadcast und Immigration Broadcast, Radio Z (Nürnberg)

<http://www.radio-z.net/de/projekte/18788-immigration-broadcast.html>

Falaffels and Krauts, Radio Blau (Leipzig)

<http://www.radioblau.de/>

Jetzt sprechen wir! Die Kopiloten (Kassel)

<http://www.diekopiloten.de/77-aktuelles/312-jetzt-sprechen-wir-gefluechteten-und-nicht-gefluechteten-gehen-im-freien-radio-kassel-on-air>

NewcomerNews, Wüste Welle (Tübingen)

<http://www.wueste-welle.de/workshops/view/id/29>

Our Voice, Radio F.R.E.I. (Erfurt)

<http://www.radio-frei.de/>

Refugee Radio Hildesheim, Radio Tonkuhle

<http://www.tonkuhle.de/mitmachen/refugee.html>

Refugee Radio Rhein-Neckar, bermuda.funk (Mannheim)

<http://bermudafunk.org/news/news-detail/refugee-radio-rhein-neckar-update.html>

Refugee Radio und Hope on Air, Freies Radio für Stuttgart

<http://www.freies-radio.de/sendung/refugee-radio>

Refugees on air, Radio Leinehertz (Hannover)

<https://www.leinehertz.net/projekte/refugees-on-air.html>

Österreich:

New Life in Vienna, Orange 94,0 (Wien)

<http://o94.at/orangerie/new-life-in-vienna/>

Salam I like it – die Frequenz der vielen Frieden, Proton, das freie Radio Vorarlberg

<http://inkontra.at/formate/radioprojekt-salam-i-like-it>

Refugees Welcome, Radio B138 (Kirchdorf an der Krems)

<http://www.radio-b138.at/index.php>

Luxemburg:

Salam, Radio Ara Luxemburg:

<https://www.salam-ara.com/>

Zudem bieten die Neuen Deutschen Medienmacher Mentoringprogramme für Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungsgeschichte an. Auf der Website finden sich auch Ressourcen zur Berichterstattung über Migration.

<http://www.neuemedienmacher.de/>

V. BERICHTE ÜBER ETHNISCHE UND RELIGIÖSE MINDERHEITEN

A. ANSATZ

Die Medienberichte über unterschiedliche europäische Minderheiten – von Muslimen über Sinti und Roma bis hin zu den irischen Travellers – werden sehr leicht zu einer Reproduktion von Stereotypen, die die bereits bestehenden Erwartungen eines Publikums nur bestätigt. Ähnlich wie die Berichterstattung über Migration schafft dies eine Kluft zwischen der öffentlichen Wahrnehmung darüber, was die Mitglieder dieser Gruppe ausmacht, und der Realität. Außerdem trägt es möglicherweise zur Diskriminierung bei.

Um gegen solche Entwicklungen vorzugehen bietet dieser Leitfaden eine Reihe von Strategien zur Berichterstattung über ethnische und religiöse Minderheiten. Zusätzlich werden die besten Strategien zur Berichterstattung über drei bestimmte Gruppen vorgestellt, deren Mitglieder in der EU weit verbreitet sind und die regelmäßig Opfer von Falschdarstellungen und Diskriminierung sind: Muslime, Juden und Sinti und Roma.

B. AKTUELLE NEGATIVBEISPIELE AUS DEN MEDIEN

Fehlender Kontext: Über Minderheiten in Europa wird zu oft verkürzt berichtet, besonders wenn es um die sozioökonomische Situation von Angehörigen solcher Minderheiten geht. Die Gründe für die Benachteiligung von Minderheiten werden nicht genauer betrachtet oder nicht kontextualisiert (dazu gehören zum Beispiel Kolonialismus, Rassismus, allgemeine soziale Ungleichheit).

Fehlendes Wissen über Minderheiten: Wenn Medien nicht ausreichend über Minderheiten und ihre Probleme informiert sind, besteht das Risiko oberflächlicher Berichterstattung über diese Communitys und die Gefahr falscher Urteile über die Personen, die ihnen angehören.

Fehlende Repräsentation von Minderheiten in den Medien: In der Berichterstattung werden Meinungen und Ansichten von Angehörigen einer Minderheit oft nicht mit einbezogen. Zudem bedeutet das Fehlen von Journalisten, die einer Minderheit angehören, dass bestimmte Geschichten gar nicht oder nur aus einer Sicht bzw. ohne das nötige Feingefühl erzählt werden. Daraus folgt, dass Leser, Zuschauer oder Zuhörer nur ein voreingenommenes Bild der Situation von Minderheiten in ihrem Land bekommen.

Verkürzte Darstellung entweder als Kriminelle oder als Opfer: In manchen Fällen konzentrieren sich Medienkanäle auf Minderheiten entweder um sie vermeintlich mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung zu bringen oder um sie als Opfer darzustellen (Opfer von Hass, Diskriminierung, Verbrechen, etc.). Minderheiten werden nur selten als

durchschnittliche Mitglieder der Gesellschaft mit alltäglichen Sorgen dargestellt. Dies entfremdet Minderheiten zusätzlich von der dominierenden Mehrheit.

Zu großer Fokus auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit: Eine Berichterstattung, die die ethnische oder eine andere Zugehörigkeit einer Person in den Vordergrund rückt, obwohl diese Information für die Geschichte irrelevant ist. Dies trägt dazu bei, irrtümliche kausale Verbindungen zu herzustellen und Minderheiten in den Augen des Publikums zu stigmatisieren.

Reproduktion von Stereotypen: Medien greifen, ob bewusst oder unbewusst, oft auf Stereotype zurück, besonders wenn reißerische Schlagzeilen gebraucht werden, um potentielle Leserinnen, Zuschauer oder Zuhörerinnen dazu zu motivieren, ein Medienprodukt zu kaufen oder anzuklicken. Diese Stereotype – auch „positive“ – behindern Angehörige von Minderheiten dabei, als Individuen mit einer eigenen Identität wahrgenommen zu werden. Sie fördern Vorurteile, die zu Diskriminierung beitragen können.

Unzureichendes „Filtern“ von Aussagen über Minderheiten: Die Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Faktenprüfung und der Kontextualisierung von Aussagen politischer Akteure über Minderheiten. Dies geschieht jedoch nicht immer in einem angemessenen Ausmaß. In manchen Fällen reproduzieren Nachrichtenmedien hasserfüllte oder voreingenommene Aussagen gegen Minderheiten, selbst wenn diese nicht wirklich berichtenswert sind und/oder sie hinterfragen solche Aussagen nicht ausreichend.

Zu großer Fokus auf kulturelle Unterschiede: Medien konzentrieren sich zu oft auf vermeintliche kulturelle Eigenheiten bestimmter Minderheiten, die – wenn auch nicht zwingend mit böser Absicht – dazu beitragen, das Gefühl von Distanz zur dominanten Kultur zu verstärken (z. B. Sinti und Roma als ein umherziehendes Volk) und die letzten Endes den Eindruck erwecken, dass Minderheiten sich nicht völlig in die vorherrschende Gesellschaft „integrieren“ könnten.

C. EMPFEHLUNGEN

- Stellen Sie sicher, dass Angehörige von Minderheiten sowohl in der Nachrichtenabteilung (als Redakteurinnen, Journalisten, Rechercheurinnen, Moderatoren, etc.) als auch als Quellen, Expertinnen und Experten in den Nachrichten vertreten sind. Gleichzeitig sollten Minderheiten jedoch nicht nur dann vertreten sein, wenn es sich um Formate und Artikel handelt, die sich speziell auf ethnische oder religiöse Minderheiten beziehen.

- Bieten Sie Angehörigen von ethnischen und religiösen Minderheiten die Möglichkeit, in allgemeinen Nachrichten aufzutauchen. Wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch

haben sie eine Meinung zu Bildung, zum Gesundheitswesen, zu öffentlichen Verkehrsmitteln, usw.

- Geben Sie die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit bei der Berichterstattung über Tatverdächtige nur dann an, wenn dies nötig ist, um die Nachrichten zu verstehen.

- Überprüfen und fordern Sie Quellen zu den Statistiken und Daten, die Ihnen durch Presseinformationen und Interviewpartner mitgeteilt werden. Bereiten Sie sich im Vorfeld auf Interviews oder Podiumsdiskussionen entsprechend vor und fechten Sie Falschaussagen immer an.

- Kontextualisieren Sie den Inhalt Ihrer Geschichte. Beschränken Sie sich nicht nur auf die konkreten Ereignisse und deren Konsequenzen, sondern forschen Sie auch nach den Ursachen, die oftmals nichts mit der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit einer Person zu tun haben.

- Berichten Sie über die Angehörigen einer Minderheit jenseits der Stereotype, mit denen sie in Verbindung gebracht werden. Stellen Sie stattdessen die Unterschiede innerhalb dieser Gruppen in den Vordergrund.

- Wenn Sie nicht mit den Problemen vertraut sind, vor denen die Angehörigen der entsprechenden Minderheit stehen, reden Sie mit ihnen, mit Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen und/oder wissenschaftlichen Expertinnen und Experten.

- Journalisten sollten mögliche Hassreden auf ihren Online-Plattformen an die Behörden und zivilgesellschaftliche Gruppen, die solche Hassreden dokumentieren, melden. Fordern Sie ein konsequentes Monitoring von Kommentarforen ein.

D. NENNUNG VON HERKUNFT BZW. ETHNISCHER ZUGEHÖRIGKEIT IN DEN MEDIEN

Immer wieder, besonders aber im Nachgang der Übergriffe in der Silvesternacht in Köln 2015/2016, wird in Deutschland über die Frage diskutiert, ob die (mutmaßliche) Herkunft von Tatverdächtigen in Medienberichten genannt werden darf oder soll. Vor allem bei spektakulären Vorfällen wie Tötungsdelikten, Gewalttaten oder sexuellen Übergriffen werden in sozialen Medien schnell Forderungen laut, die vermeintlich ausländische Herkunft oder religiöse bzw. ethnische Zugehörigkeit der Verdächtigen zu nennen – oft unabhängig davon, ob es auf eine solche Zugehörigkeit oder Herkunft überhaupt einen Hinweis gibt. Der Vorwurf der Zensur unliebsamer ‚Realitäten‘ spielt in dieser Argumentation eine große Rolle. Nicht nur Minderheitenorganisationen, sondern auch Expertinnen und Experten weisen allerdings wiederholt darauf hin, dass durch die regelmäßige Erwähnung von Herkunft oder Religion von Tatverdächtigen Vorurteile geschürt werden; vor allem, wenn gleichartige Taten

in aller Regel nicht explizit mit dem Hinweis auf die deutsche Herkunft oder christliche Religion von Tatverdächtigen versehen werden.

Bis März 2017 war im Pressekodex des Deutschen Presserats, dem Selbstkontrollorgan deutscher Printmedien, die Nennung von Herkunft, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit eines Verdächtigen unter der Maßgabe eines „begründbaren Sachbezugs“ zur Tat erlaubt. Die seitdem gültige Neuregelung macht das „begründete öffentliche Interesse“ zum Maßstab. Gleich geblieben ist die Forderung, daraus entstehende Vorurteile gegen Minderheiten bei der Entscheidung zur Nennung in Betracht zu ziehen.

<http://www.presserat.de/presserat/>

http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/#panel-ziffer_12_diskriminierungen

Der Presserat begründete seine Entscheidung unter anderem damit, den Redaktionen eine praxisorientierte Richtlinie an die Hand geben zu wollen. Allerdings wurde die Änderung von Medienschaffenden aus unterschiedlichen Gründen kritisiert:

<http://meedia.de/2017/03/23/auch-die-neue-richtlinie-ist-tendenzioes-redaktionen-kritisieren-die-aktualisierung-der-pressekodex-ziffer-12-1/>

Insbesondere Expertinnen und Experten aus dem Bereich Medien und Migranten weisen darauf hin, dass „öffentliches Interesse“ an ethnischer oder religiöser Herkunft ohnehin oft auf bereits existierenden Vorurteilen fußt:

<http://www.neuemedienmacher.de/pressemitteilung-der-ndm-hilfestellung-zum-pressekodex-nicht-hilfreich/>

Grundsätzlich sollte für die Berichterstattung auch berücksichtigt werden, dass der gesetzliche Rahmen für die Zugehörigkeit zu einer anerkannten Minderheit das Prinzip der Bekenntnisfreiheit ist. D.h. es obliegt ausschließlich den entsprechenden Personen, sich als Angehörige beispielsweise der Sorben zu definieren.

Offiziell anerkannt als Minderheiten im Sinne des europäischen Rahmenabkommens sind in Deutschland nur vier Gruppen: die friesische Volksgruppe, das sorbische Volk, die dänische Minderheit und die deutschen Sinti und Roma. Die Maßstäbe, die an eine solche Anerkennung angelegt werden, sind Sache der Nationalstaaten und damit auch nicht im europäischen Kontext vergleichbar. In Deutschland, aber auch in einigen anderen europäischen Staaten, gilt der Terminus de facto nur für ethnische Minderheiten.

<https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/090000168007cdc3>

V.1. BERICHTE ÜBER MUSLIME

A. ANSATZ

Auch wenn über die Angemessenheit von Begriffen wie „Islamophobie“ diskutiert wird (vgl. Glossar), gibt das Gesamtbild der journalistischen Berichterstattung über Muslime in Europa Grund zur Besorgnis. Der Islam und die muslimische Welt werden zu oft als eine einzige, fest verbundene Einheit dargestellt, obwohl die muslimische „Gemeinschaft“ in Wahrheit aus unzähligen Gruppen und Einzelpersonen mit verschiedenen und oftmals gegensätzlichen Ansichten besteht. Diese Behandlung führt zu der weitverbreiteten Annahme, dass es einen „culture clash“, ein Zusammenprallen der Kulturen zwischen „dem Islam“ und „dem Westen“ gibt, bei dem die Religion im Zentrum des „Problems“ steht. Muslime, die bereits im Westen leben, werden demnach als der „innere Feind“ betrachtet.

Viele Medien – auch solche mit eigentlich guten Absichten – verbreiten homogenisierende und rassifizierte Stereotype des „Moslemseins“, die reale Auswirkungen auf das Leben von Muslimen in Europa haben. Oft tendieren Medien dazu, sich auf die Aspekte zu konzentrieren, von denen sie annehmen, sie seien für ihr Publikum interessanter (oder am leichtesten zu verdauen). Komplexe Themen fallen unter den Tisch – Berichte über die religiöse Ideologie als Antrieb für Terrorismus und Extremismus werden differenzierten Berichten über Außenpolitik und transnationale Konflikte vorgezogen. In manchen Fällen führt der Drang, so viele Exemplare wie möglich zu verkaufen (oder so viele Klicks wie möglich zu sammeln), zu sensationalisierenden Berichten, die ernstzunehmende negative Folgen für die muslimischen Communitys haben können.

B. AKTUELLE NEGATIVBEISPIELE AUS DEN MEDIEN

Homogenisierung: Eine Berichterstattung, die den Islam als einen monolithischen Block darstellt (und dazu als einen, der unwillig ist, sich zu verändern). Einzelne Muslime werden als Stellvertreter für die gesamte Religion wahrgenommen. Im Gegenzug schaffen Medien damit ein ebenso unzutreffendes Bild vom „Westen“ als einem monolithischen Block, wenn auch mit positiver Konnotation.

Fokus auf das „Moslemsein“: Statt anderer soziokultureller Eigenschaften wird die Religion einer muslimischen Person hervorgehoben, obwohl die religiöse Zugehörigkeit nur wenig bis gar nicht relevant für die Berichterstattung ist.

Fehlende Repräsentation der Vielfalt des Islam: Der Fokus wird häufig auf die radikalsten Zweige des Islam gerückt und diese dann als repräsentativ dargestellt, was radikalen Gruppen dabei hilft, sich selbst als besonders wichtig zu präsentieren.

Verbreitung eines zu Gewalt neigenden Stereotyps: Eine Berichterstattung, die das Stereotyp beinhaltet, Muslime würden von Natur aus zu Gewalt, Extremismus und Fundamentalismus neigen. Die islamische Kultur wird als barbarisch, irrational, primitiv, aggressiv, bedrohlich und zu Terrorismus tendierend dargestellt. Die nicht gewalttätige Mehrheit wird nur unzureichend abgedeckt. Eine Sprache, die vornehmlich auf Krieg und Konflikte gerichtet ist, verstärkt das Gefühl einer lauenden Bedrohung, besonders durch den „inneren Feind“.

Berichte über den „Zusammenprall der Kulturen“: Die Schilderung, dass der Islam in einer anderen „Realität“ begründet liegt und dass ihm gemeinsame Werte mit anderen Kulturen fehlen. So wird der Islam eher als eine Bedrohung für die westliche Gesellschaft wahrgenommen, denn als ein Glaubenssystem, das neben anderen koexistiert.

Darstellung als eine unterlegene und im Niedergang befindliche Kultur: Die islamische Kultur wird oft – ob absichtlich oder nicht – als der westlichen Kultur unterlegen dargestellt. Beispielsweise beziehen sich die Medien häufig auf das „Goldene Zeitalter“ der islamischen Kultur (8.-13. Jahrhundert) und stellen es den heutigen Konflikten im Mittleren Osten gegenüber, was den Eindruck eines Niedergangs erweckt.

Viktimisierung muslimischer Frauen: Die Tendenz, alle muslimischen Männer als äußerst patriarchalisch zu stereotypisieren, während man muslimische Frauen zu passiven und unterdrückten Opfern macht. Darüber hinaus zielt die vermehrte Konzentration auf Bekleidung, wie Hijab und Burkini, darauf ab, muslimische Frauen zu einer homogenen Masse von Opfern und Objekten zu machen.

Die Verwendung von Fotos, die Stereotype fördern: Oft werden, zum Beispiel, Fotos von Frauen, die den Hijab oder die Burka tragen, für Berichte über muslimische Frauen genutzt. Bilder, die Armut, Männlichkeitswahn oder Gewalt zeigen, werden dazu verwendet, die muslimische Gemeinschaft als Ganzes darzustellen.

C. EMPFEHLUNGEN

- Heben Sie die Vielfalt muslimischer Identitäten in der Gesellschaft hervor. Seien Sie sich bewusst, dass Muslime eine heterogene Gruppe mit verschiedenen Glaubensrichtungen und Praktiken sind.
- Hinterfragen Sie bestehende anti-muslimische Stereotype, die sich im öffentlichen Diskurs festgesetzt haben.

- Erkennen Sie die Komplexität dieser Themen an. Versuchen Sie nicht, Ihre Berichterstattung in die vorherrschenden Muster zum Thema „Integration versus Parallelgesellschaft“ zu pressen.
- Erhöhen Sie die Sichtbarkeit von muslimischen Männern und Frauen in ihrer Berichterstattung. Als Teil der Gesellschaft haben Muslime eine Meinung zu vielen Themen. Beschränken Sie sie nicht auf ihre Religion.
- Achten Sie darauf, Begriffe wie „Muslim“ oder „Islam“ nicht noch weiter zu stigmatisieren, indem Sie sie mit bestimmten Taten in Verbindung setzen.
- Wenn Sie mit dem Islam nicht vertraut sind, kommen Sie mit muslimischen Gemeinden in Kontakt oder reden sie mit Interessensgruppen oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die entsprechende Themen und Werkzeuge anbieten können, über diese zu berichten.
- Vermeiden Sie Stereotype und Verallgemeinerungen insbesondere, wenn Sie über muslimische Frauen berichten. Reduzieren Sie sie nicht auf die Kleidung, die sie tragen (oder nicht tragen). Die Situation von Frauen in muslimischen Gemeinschaften ist ein wichtiges Nachrichtenthema, jedoch sollten Journalistinnen und Journalisten es vermeiden, sie zu Opfern zu machen. Ziehen Sie stattdessen die vielen verschiedenen Faktoren für die Situation muslimischer Frauen kritisch in Betracht. Viele Gesellschaften auf der ganzen Welt sind weiterhin äußerst patriarchalisch, unabhängig von der Religion.
- Lassen Sie nicht zu, dass die Behauptungen von Extremistinnen und Extremisten, „im Namen des Islam“ zu handeln, unkommentiert bleiben. Rücken Sie in den Vorder-, nicht in den Hintergrund, wie vielfältig die muslimischen Gemeinschaften sind.
- Wenn es nötig und berichtenswert ist, hasserfüllte Kommentare gegen Muslime zu veröffentlichen, kontextualisieren Sie diese. Zeigen Sie alle falschen Angaben auf, auf die sich diese Kommentare stützen.
- Vermeiden Sie einfache Argumente gegen diskriminierende Praktiken und Aussagen. Argumentieren Sie nicht nur mit Werten wie Gleichheit und Würde, sondern auch mit den gemeinsamen Interessen aller.
- Stellen Sie Ebenbürtigkeit her. Wenn Sie über Muslime berichten, schließen Sie deren Ansichten mit ein.
- Graben Sie tiefer, wenn Sie über Ereignisse berichten, die Muslime oder den Islam betreffen. Erklären Sie Ihrem Publikum den Hintergrund der Situation und, falls angebracht, mögliche Lösungen.

- Benutzen Sie keine abgegriffenen Sprachbilder, wenn Sie über kulturelle Debatten berichten. Seien Sie kritisch, stellen sie etablierte Narrative und Auffassungen in Frage. Vermeiden Sie es z.B., kulturalisierte Debatten in den Vordergrund zu rücken, wenn Sie über Angelegenheiten berichten, die Muslime betreffen.

D. MUSLIME ODER „DIE TÜRKEN“ IM DEUTSCHEN KONTEXT?

Historischer Kontext

In Deutschland und noch mehr in Österreich kann man sich fragen, ob man von Hass auf Muslime oder nicht vor allem von Hass auf Türken und Türkinnen sprechen sollte. Hier wirkt auch die Geschichte nach. Es gab eine lange Periode von Kriegen zwischen dem Habsburgerreich und dem Osmanischen Reich. Anfangs fürchtete das feudale Europa oder zumindest Teile davon, das Osmanische Imperium nicht nur wegen seiner militärischen Stärke, sondern auch als soziales Modell. Luther wettete gegen die, die sagten, sie würden lieber unter dem Sultan leben, als unter Kaiser und Fürsten. In seiner Schrift „Vom Kriege wider die Türken“ stellte Luther die Türken unter anderem auch als Gegner der Ständeordnung dar. Während im christlichen Europa mit seinen Stände- und Zunftordnungen vor der Französischen Revolution nur sehr wenigen Menschen ein begrenzter sozialer Aufstieg möglich war, konnte jeder, der sich zum Islam bekannte, im Osmanischen Reich zumindest im Prinzip bis zum Rang des Großwesirs aufsteigen.

Die lange Zeit bitterer Konflikte und entsprechender Kriegspropaganda war auch eine Gelegenheit „die Türken“ als „das Andere“ zu konstruieren, um eine christlich-abendländische Identität zu festigen. Als Folge sind Vorurteile gegen Türken in der populären Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz besonders tief verankert. Sie reichen von Redewendungen über früher sehr populäre Volkslieder („Prinz Eugen, der edle Ritter...“) bis zu den Höhen klassischer Kultur wie der Oper „Entführung aus dem Serail“ von Wolfgang Amadeus Mozart, wo der am Ende großmütige Muslim eben doch kein echter Türke ist.

Als türkische (häufig kurdische) „Gastarbeiter“ aus Anatolien in Massen angeworben wurden, um häufig Jobs zu tun, die Einheimische nicht tun wollten, wurden die alten Vorurteile wieder wichtig. Es ist sicher kein Zufall, dass Österreich immer die größten Schwierigkeiten mit einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU hatte. Aber auch in Deutschland waren die Widerstände besonders groß, überlagert nur von geostrategischen Erwägungen der Regierung Gerhard Schröder. Die mit Beginn der Anwerbung stetig gewachsene Gruppe der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken bzw. türkisch-stämmigen Deutschen ist nach wie vor die größte unter den Einwanderern insgesamt (bzw. den Menschen mit Einwanderungsgeschichte).

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.html>

Die neonazistische Terrororganisation NSU tötete acht Türken, einen Griechen und aus unbekanntem Gründen eine deutsche Polizistin. Dazu kommt ein Nagelbombenanschlag in einer besonders von Menschen mit türkischen Wurzeln besuchten Straße in Köln. Zu den Opfern, die sich der NSU aussuchte, gehörte aber auch eine iranische Familie, der eine in einer Dose mit Süßigkeiten versteckte Bombe zugespielt wurde.

Während es sich generell empfiehlt, exakte Begriffe zu wählen, sind wir uns auch bewusst, dass man im Journalismus gängigen Ausdrucksweisen nicht immer ausweichen kann, auch wenn sie eventuell falsche Assoziationen wecken. So wird auch in diesem Leitfaden gelegentlich der Begriff „Community“ für Gruppen von Menschen verwandt, die untereinander nicht unbedingt viel gemeinsam haben. Oft gibt es nicht einmal den Anspruch eine wirkliche „Gemeinschaft“ zu sein. In besonderem Maße trifft dies auf die sogenannte „türkische Community“ zu. Sie zerfiel schon immer in Türken und Kurden, in besonders religiöse Menschen und Kemalisten, in Sunniten und Aleviten und derzeit zerfällt sie besonders heftig in glühende Anhänger Erdogans und dessen Gegner. Man tut diesen Menschen Unrecht, wenn man sie über einen Kamm schert, wie es häufig, insbesondere mit Hinblick auf den wachsenden Autoritarismus der derzeitigen türkischen Regierung geschieht.

Religionszugehörigkeit oder Herkunft?

Mittlerweile hat in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Staaten die (gemutmaßte) Religionszugehörigkeit teilweise die Nationalität als ‚Hauptmerkmal‘ des Fremd- und Andersseins abgelöst. Anstatt von „den Türken“ oder „den Arabern“ wird häufig von „den Muslimen“ gesprochen, was eine ebenso substanzlose Verallgemeinerung ist. Der Bezug auf eine scheinbar homogene muslimische ‚Mentalität‘ oder Kultur verwischt die fundamentalen Unterschiede zwischen, beispielsweise, türkischen Aleviten, säkulären Tunesiern, radikal-islamischen Indonesiern und sunnitischen Iranern. Tatsächliche Verbrechen wie sie von Gruppen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ begangen werden, bieten einen Vorwand, um eine Front gegen alle Muslime und den Islam insgesamt aufzumachen. Gleichzeitig reproduziert die Annahme, es gebe eine homogene muslimische Gemeinschaft, die Propaganda des IS, der nach außen hin für ein Kalifat ‚aller‘ Muslime mordet. Dass sich Vorurteile und Hass heute häufig auf den Islam beziehen, ist auch eine Folge islamistischer Terrorakte seit den frühen 2000er-Jahren, die selbst die Religionszugehörigkeit der Attentäter und eine vermeintlich homogene, durch ‚den Westen‘ ausgebeutete islamische Gemeinschaft betonen. Da die große Mehrheit der Türkinnen und Türken Muslime sind und oftmals alle als Muslime wahrgenommen werden, sind sie trotz dieses Wandels weiter von ähnlichen Vorurteilen betroffen.

<https://rdl.de/beitrag/umgang-mit-muslimen-gro-britannien>

Laut der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung führt der Integrations-Diskurs „zu einer Kopplung des Migrationskontextes mit einer religiösen Zuschreibung“. Der Migrationsstatus (der selbst schon oft ungenau verwendet wird) und Religionszugehörigkeit fließen also in der öffentlichen Auseinandersetzung schnell zusammen – allerdings im Großteil der Fälle nur dann, wenn es sich um Muslime bzw. Einwanderer aus dem islamisch geprägten Raum handelt. „Auch wenn dies zunächst als Widerspruch erscheinen mag, hat die Kategorie „Muslim“, wie zuvor deutlich beschrieben, vielfach die Kategorie „Ausländer“ nur ersetzt. Insofern spielt die tatsächliche Religiosität für die pauschalisierten Zuschreibungen und Wahrnehmungen keine reale Rolle“, heißt es weiter. Die Studie wurde 2012 veröffentlicht, seitdem hat sich unserer Einschätzung nach durch die Ankunft von Flüchtlingen vor allem aus Afghanistan, Syrien und Irak diese Ineinsetzung von Nationalität und Religion eher noch verstärkt.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09438.pdf>

V.2. BERICHTE ÜBER SINTI UND ROMA

A. ANSATZ

Sinti und Roma sind die größte Minderheit in Europa; ihre unterschiedliche geografische Verteilung ist auf eine lange Geschichte von Unterdrückung und juristischer Verfolgung zurückzuführen. Die Lebensbedingungen der Sinti und Roma wie auch das Ausmaß ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung sind von Land zu Land unterschiedlich. In vielen Ländern bleibt antiziganistische Diskriminierung durch Gesetze und politische Bewegungen präsent.

Antiziganistische Einstellungen und Praktiken sind nach wie vor weit verbreitet in Europa, was Sinti und Roma zur wohl am stärksten marginalisierten Gruppe des Kontinents macht. Medien unterstützen diese Einstellungen häufig noch: Sinti und Roma werden dort regelmäßig als eine homogene Masse dargestellt und mit Klischees, Stereotypen und stigmatisierender Sprache beschrieben. Berichterstattung, die sich der Diskriminierung, gesellschaftlichen Ausgrenzung von und Gewalt an Sinti und Roma widmet, untersucht oftmals nicht ausreichend die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Hintergründe dieses Phänomens.

In ganz Europa ist die implizite oder explizite Verknüpfung von Sinti und Roma mit kriminellen Aktivitäten gängig – vom Drogenhandel über antisoziales Verhalten bis hin, in einigen Fällen, zur Entführung von Babys. Frauen aus der Gruppe der Sinti und Roma werden wiederum häufig als Opfer dargestellt, die sich einer vermeintlich primitiven Kultur zu unterwerfen hätten. Auch positive Berichterstattung reduziert Sinti und Roma meist auf ihre Rolle als Musiker und Musikerinnen oder betont ihre Mitgliedschaft in einer romantisierten, unkonventionellen Gemeinschaft, die sich ihre einzigartigen – oder fremden – Traditionen bewahrt hat. In jedem Fall stehen Sensationslust und Verallgemeinerung im Vordergrund.

B. AKTUELLE NEGATIVBEISPIELE AUS DEN MEDIEN

Überbetonung von Ethnizität: Die Zugehörigkeit einer Person zur Gruppe der Sinti und Roma wird auch in Berichten betont, in denen sie eigentlich irrelevant für die beschriebenen Ereignisse ist.

Verwendung von Stereotypen: Die Verwendung einschlägiger Bilder und Stereotype in der Beschreibung von einzelnen Sinti und Roma trägt zur Stigmatisierung und Homogenisierung der gesamten Gruppe bei.

Ausblenden der unsichtbaren Mehrheit der Sinti und Roma: Bezeichnet Berichterstattung, die sich auf Personen konzentriert, denen kriminelles oder antisoziales Verhalten vorgeworfen wird, dabei jedoch diejenigen ignoriert, die gut in die Gesellschaft integriert

sind. So heben Journalistinnen und Journalisten, abgesehen vom Bereich Musik, die Leistungen von Sinti und Roma in Wissenschaft, Politik, Kultur und anderen Bereichen oftmals nicht genügend hervor.

Fehlende Kontextualisierung: Bezeichnet Berichterstattung, die die Geschichte der Diskriminierung, Unterdrückung, Versklavung und des Völkermords an Sinti und Roma in Europa, sowie die Verbindung zwischen dieser Geschichte und der aktuellen Situation auslässt.

Homogenisierung: Stellt Sinti und Roma als einen monolithischen Block dar ohne auf die Unterschiede zu achten, die es sowohl zwischen den Gruppen in Europa als auch innerhalb der Gruppen selbst gibt.

Kriminalisierung und/oder Viktimisierung: Die Darstellung von Sinti und Roma entweder als Kriminelle oder als Opfer und die Vernachlässigung des „normalen“ Lebens zwischen diesen Extremen.

Fehlende kritische Analysen: Bei tatsächlich existierenden Problemen oder in Fällen besonders starker Diskriminierung suchen Medien zu selten nach den Gründen und möglichen Lösungen. Oft fehlt auch eine kritische Betrachtung der Rolle von Regierungen, denen es nicht gelingt, für Gleichheit und den Schutz grundlegender Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

C. EMPFEHLUNGEN

- Vermeiden Sie es, Probleme, die Sinti und Roma betreffen, auf deren Gruppenzugehörigkeit zu reduzieren. Berichten Sie über die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und historischen Ursachen, die dahinterstehen.

- Bemühen Sie sich um eine differenzierte Berichterstattung, die Sinti und Roma jenseits des gängigen Kriminelle/Opfer-Schemas darstellt.

- Machen Sie erfolgreiche Sinti und Roma sichtbar, die mit ihren Leistungen gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Betrachten Sie auch über die Musik hinaus Sinti und Roma, die beispielsweise als Anwältinnen, Ärzte, Künstlerinnen usw. tätig sind. Achten Sie jedoch gleichermaßen darauf, diese nicht einfach als „Ausnahme von der Regel“ darzustellen.

- Suchen Sie nach Wegen, über Sinti und Roma auch als durchschnittliche Mitglieder der Gesellschaft zu berichten bzw. als diejenigen, die selbst gängige Stereotype in Frage stellen.

- Vermeiden Sie es, bei der Berichterstattung eine (vermeintliche) Zugehörigkeit zur Gruppe der Sinti und Roma zu erwähnen, sofern diese nicht für das Verständnis des Artikels von Bedeutung ist.

- Machen Sie sich (und Ihren Leserinnen und Hörern) die Vielfalt innerhalb der unterschiedlichen Gemeinschaften in Europa bewusst.

D. SINTI UND ROMA ODER ‚ARMUTSZUWANDERER‘?

Die bundesdeutschen Medien, schreibt Markus End in der Einleitung seiner Studie *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit*, hätten sich „über Jahrzehnte hinweg an der fortwährenden Stigmatisierung von Menschen beteiligt und ein traditionelles ‚Zigeuner‘-Bild produziert und reproduziert.“

Der nicht erst von den Nationalsozialisten abwertend benutzte Begriff ‚Zigeuner‘ war noch bis vor wenigen Jahren in den Medien leicht zu finden. Auch stereotype und diskriminierende Bilder der ‚Andersartigkeit‘ und Unfähigkeit zur Integration waren und sind präsent. Dies gilt insbesondere für die Nennung ‚typischer‘ Merkmale bei Berichten über Straftaten bzw. Verdächtige: Die implizite oder explizite Vermutung, Sinti und Roma neigten zu kriminellem Verhalten, schwingt darin mit und spielte auch bei der ‚Rechtfertigung‘ der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegenüber den ‚Zigeunern‘ eine wichtige Rolle. Ein besonderer Aspekt der Berichterstattung über Sinti und Roma in Deutschland ist die Verknüpfung der Darstellung dieser (vermeintlich homogenen) Gruppe mit den Debatten um die sogenannte ‚Armutszuwanderung‘ aus den Balkanstaaten. Zusammen mit dem bereits Anfang der 2010er-Jahre stetig auftauchenden Schlagwort ‚Asylmissbrauch‘ werden Roma bzw. solche, die dafür gehalten werden, als verwaahlte, auf Sozialhilfe spekulierende Armutsnomaden dargestellt. Bildliche Darstellungen zeigen oft Müll bzw. vermüllte und verdreckte Grundstücke, große Familien oder ‚Clans‘ und Bettel-Szenen.

So werden eine – auch in Deutschland seit Jahrhunderten ansässige – ethnisch definierte Gruppe und soziale Benachteiligung in ihrem Kern verknüpft: Armut = Sinti und Roma = Zuwanderung. Die Einwanderung in Folge der EU-Osterweiterung und die damit verbundene Angst vor angeblichem massenhaftem ‚Sozialmissbrauch‘ (gemeint ist damit: die legitime Nutzung rechtlicher Ansprüche innerhalb der Europäischen Union) stehen dabei im Vordergrund, während die jahrhundertelange Existenz von Sinti und Roma in Deutschland ignoriert wird. Armut und soziale Benachteiligung werden von den Medien ethnisiert und nicht als politisch gewollte oder zumindest geduldete Lebensumstände benannt. Zudem sollte in Berichten berücksichtigt werden, dass von Einwanderern und Einwandererinnen keine offiziellen Angaben über eine eventuelle Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit erhoben werden – Aussagen über die Zahl der Roma unter den Einwanderern aus Bulgarien und Rumänien sind dementsprechend Schätzungen.

<http://www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf>

<http://www.bpb.de/apuz/33275/ns-verfolgung-von-zigeunern-und-wiedergutmachung-nach-1945>

<http://www.bpb.de/apuz/33279/roma-und-minderheitenrechte-in-der-eu-anspruch-und-wirklichkeit>

V.3. BERICHTE ÜBER JÜDINNEN UND JUDEN

A. ANSATZ/AKTUELLE NEGATIVBEISPIELE AUS DEN MEDIEN

2017 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, die auf Studien verweist, die auf einen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Europa hindeuten und die Mitgliedsstaaten zugleich auffordert, Schritte gegen antisemitische Reden und Gewalt zu unternehmen. Die Resolution hebt die Rolle verschiedener gesellschaftlicher Akteure, darunter die der Medien, im Kampf gegen Antisemitismus hervor und mahnt unter anderem die Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten zum Thema Antisemitismus an.³

Grundsätzlich gilt die Berichterstattung der Mainstreammedien über die jüdische Community in Europa als positiver als die über andere Gruppen. Es bleiben jedoch weiterhin erhebliche Sorgen. Dazu gehört die oft implizite Ineinssetzung des israelischen Staates bzw. der Regierung mit seinen überwiegend jüdischen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch das Heranziehen jüdischer Menschen in Europa als Quelle und Kommentatorinnen bzw. Kommentatoren zur israelischen Politik, was den Eindruck einer homogenen jüdischen Gemeinschaft hervorruft. Teilweise erweckt die Berichterstattung auch den Anschein, dass die Ereignisse des israelisch-palästinensischen Konflikts eher eine Nachricht wert sind und mehr Kritik verdienen als ähnliche Vorgänge in anderen Teilen der Welt.

Über die Jahrhunderte haben sich bestimmte antisemitische Bilder entwickelt (zum Beispiel Verschwörungstheorien über Juden, die angeblich die Finanzwelt und die Medien kontrollieren oder Stereotype, die Juden als geizig und gierig darstellen), die nach wie vor auf subtile Art verwendet werden. Unkritische Journalistinnen und Journalisten laufen Gefahr, dies unwissentlich weiter zu verbreiten. Obwohl Vergleiche mit dem Nazi-Regime immer problematisch sind, sind sie besonders bedauerlich, wenn sie im Zusammenhang mit jüdischen Menschen oder Israel benutzt werden; sie sollten nicht als Mittel der Kritik, sondern als Antisemitismus wahrgenommen werden.

Die Situation im Internet ist besonders besorgniserregend. Die erhöhte Präsenz extremistischer Ansichten in alternativen Online-Medien, in sozialen Netzwerken, auf Blogs, etc. bedeutet auch einen Anstieg von hasserfüllten und hetzerischen Äußerungen, die sich mithilfe der oben erläuterten Mittel gegen die jüdischen Gemeinden in Europa richten. Nach wie vor leugnen zudem einige Randgruppen auch den Holocaust bzw. das Ausmaß des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden.

3 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 1. Juni 2017 zur Bekämpfung von Antisemitismus (2017/2692(RSP)), <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2017-0243&language=EN&ring=B8-2017-0383>.

C. EMPFEHLUNGEN

- Vermeiden Sie es, die Äußerungen von hetzerischen Randgruppen oder Holocaust-Verleumdern zu reproduzieren oder die öffentliche Aufmerksamkeit auf sie zu lenken, außer es ist unbedingt notwendig.
- Stellen Sie sicher, dass Antisemitismus als aktuelles Problem nicht verharmlost bzw. als ein Problem der Vergangenheit dargestellt wird.
- Achten Sie in Ihren Berichten darauf, keine stereotypen Bilder über Jüdinnen und Juden zu verbreiten. Auch der Tonfall von Nachrichten oder Beiträgen kann unabsichtlich antisemitische Stereotype reproduzieren.
- Journalistinnen und Journalisten, die zum Thema Antisemitismus berichten, sollten insbesondere auch über Fälle sprechen, in denen der Tonfall, subtile Anmerkungen oder Vergleiche benutzt werden, um antisemitische Haltungen zu verbreiten (beispielsweise das sogenannte „Dog Whistling“).
- Es ist legitim – und an sich nicht antisemitisch – den israelischen Staat und seine Politik zu kritisieren, dies gilt wie bei jedem anderen Staat auch. Machen Sie sich und Ihren Leserinnen und Hörern jedoch die Absichten Ihrer Quellen oder der dargestellten und befragten Politiker und Politikerinnen bewusst. Hinterfragen Sie Äußerungen oder politische Entscheidungen, deren Kritik an Israel möglicherweise nur als Deckmantel für antisemitische Haltungen dient. Vermeiden Sie die einfache Ineinssetzung von Jüdinnen und Juden mit dem israelischen Staat, wenn es dafür keinen konkreten Anlass gibt.

D. ANTISEMITISMUS IM HEUTIGEN DEUTSCHLAND

Antisemit zu sein, ist heute in Deutschland ein schwerer Vorwurf, dem man eigentlich nur damit begegnen kann, dass man ihn als völlig absurd zurückweist. Dies verhindert offenen Antisemitismus in einem Maße, dass viele glauben, Antisemitismus sei in der deutschen Gesellschaft, vielleicht mit Ausnahme einiger muslimischer Immigrantengruppen, ein historisch vergangenes Phänomen. Für die These, dass die Angst vor den Folgen einer antisemitischen Äußerung tatsächlich eine Rolle spielen mag, gibt es aus der jüngeren deutschen Vergangenheit ein schlagendes Beispiel. 1946 gaben 21 % in Deutschland bei einer Befragung an, sie seien antisemitisch eingestellt. Dieser Anteil fiel zunächst weiter, um dann aber 1952 auf 34 % anzusteigen.⁴ Dass die Zahl der Antisemiten in Deutschland nach

⁴ Werner Bergmann: Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland. In W. Bergmann, R. Erb (Hrsg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Wiesbaden, 1990.

dem 2. Weltkrieg noch ganz erheblich angestiegen ist, dürfte wohl kaum die richtige Erklärung sein. Wahrscheinlich hatten die Deutschen nur nach Ankunft der Alliierten mehr Angst sich offen zum Antisemitismus zu bekennen, als einige Jahre später. Mutatis mutandis dürfte die mittlerweile auch in der deutschen Gesellschaft gewachsene Ächtung des Antisemitismus das Problem viel kleiner erscheinen lässt, als es tatsächlich ist. Leute, die antisemitische Vorurteile haben, neigen dazu sie zu verstecken, eventuell sogar vor sich selbst.

Aufgrund dieser nach wie vor wirksamen öffentlichen Ächtung werden antisemitische Vorurteile oder Relativierungen des Holocausts in Deutschland manchmal in sehr komplexen Argumentationen versteckt. Oft genug enthalten diese sogar eine ausdrückliche Ablehnung antisemitischer Sichtweisen.

Im Folgenden zeigen wir in Deutschland immer wieder präzise Formen antisemitischer Argumentationen.

Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden ersetzen Holocaustleugnung

Ein gutes Beispiel ist die Affäre um den ehemaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann: Am Tag der Deutschen Einheit 2003 hielt Hohmann vor CDU-Anhängern eine Rede, in der er sich für eine Kürzung von Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter und jüdische Opfer des Holocaust aussprach. Sein Argument ging so: Man könne die Deutschen nicht als Tätervolk bezeichnen, denn dann müsse man auch die Juden wegen ihrer Beteiligung an den Verbrechen der Bolschewiken als Tätervolk bezeichnen. Das würde der gleichen Logik entsprechen mit der man die Deutschen als Tätervolk bezeichnen würde. Also sei diese Logik falsch und weder Deutsche noch Juden ein Tätervolk.

Zunächst wird die moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung an eine zugespitzte Formulierung der deutschen Schuld gekoppelt, an eine Art ethnisierten Schuldbegriff. Dann sucht Hohmann sich als Beispiel eines anderen Volkes, das ja auch „so etwas“ getan habe, ausgerechnet das jüdische aus, dieses habe ja selbst etwas dem Holocaust vergleichbares getan. Als Beleg für seinen Vorwurf verweist er auf die antisemitische Schrift „The international Jew“ von Henri Ford (1920). Was den jüdischen Bolschewismus betrifft, hätte er auch in den Reden von Joseph Goebbels nachschlagen können.

Die Rede wurde einige Zeit später von der CDU auf die Website gestellt und fiel schließlich dem jüdischen Online-Magazin haGalil auf, das den Skandal öffentlich machte.⁵ Viele deutsche Medien verstanden zwar, dass da wohl ein Skandal vorlag, blickten aber nicht

5 <http://www.hagalil.com/archiv/2003/10/hohmann.htm>

durch Hohmanns verschachteltes Argument. Hohmann gewann mehrere Unterlassungsklagen gegen wichtige Medien, die behauptet hatten, er habe die Juden als Tätervolk bezeichnet. Das hatte er tatsächlich nicht gesagt und doch hatte er den Juden vorgeworfen, etwas im Prinzip dem Holocaust Vergleichbares getan zu haben. Abgesehen davon, dass man nur über antisemitische Konstrukte bzw. mit Hilfe antisemitischer Literatur überhaupt zu dem von ihm gemachten Vorwurf kommt.

Die damalige CDU-Vorsitzende und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel dachte zunächst, den Fall mit einer klaren Rüge aussitzen zu können. Dann setzte sie aber doch den Ausschluss Hohmanns aus Fraktion und Partei gegen Widerstände durch. Hohmann sitzt heute wieder für die AfD im Bundestag.

Es gibt weiterhin Menschen, die den Holocaust leugnen, aber es ist heute einfacher, den Holocaust nicht abzustreiten, sondern stattdessen mit Gegenvorwürfen zu antworten. Damit stehen die Juden am Ende moralisch immer schlechter da, da sie ja im Gegensatz zu den Deutschen nicht zu ihren Taten stünden, sondern immer mit dem Finger auf andere zeigten.

Antisemitismus und Antiglobalisierung

Das erinnert an die Vehemenz der ‚Israelkritik‘ von Rechts und nicht weniger von Links und von Leuten, die man sonst der Mitte der Gesellschaft zurechnen würde. Auffallend ist schon, dass es etwa in der Linken die Wortschöpfung der ‚Israelkritik‘ gibt.

Antisemitismus gibt es auch weiterhin bei einer gewissen Art der Kapitalismus- bzw. Globalisierungskritik. Zum Beispiel geriet die IG-Metall 2005 in die Kritik, weil sie auf dem Titelblatt ihrer Mitgliederzeitschrift eine Karikatur abdruckte, auf der eine Fliege mit langer Nase und einem Zylinder in den Farben der US-Flagge abgebildet war. Die Bildunterschrift lautete: „US-Firmen in Deutschland – die Aussauger“. Dies erinnerte stark an ähnliche antijüdische Karikaturen der NS-Zeit. Der Gewerkschaftsvorsitzende Jürgen Peters verteidigte die Karikatur mit Hinweis auf die „Freiheit der Kunst.“ Außerdem wies Peters darauf hin, dass Gewerkschafter während der NS-Zeit in Konzentrationslagern gesessen hätten.

Der Hinweis auf die Kunstfreiheit ähnelt sehr Wendungen der Art: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen...“ Durch Hinweis auf ein allgemeines Prinzip, sei es die freie Meinungsäußerung oder die Kunstfreiheit, wird von der Verantwortung für einen konkreten Inhalt abgelenkt. Auch folgt aus der Tatsache, dass freie Gewerkschaften von den Nazis unterdrückt wurden, noch lange nicht, dass alle Unterdrückten die Ideologie der Nazis in allen ihren Teilen ablehnten. Noch weniger kann aus dem Umstand, dass sich heute jemand für eine Gewerkschaft engagiert, gefolgert werden, dass er oder sie nicht antisemitische Ansichten vertreten kann. Dabei vereinen Bild und Unterschrift gleich mehrere Elemente, antisemitischer Propaganda: Die Anspielung auf die angeblich gekrümmte „Judennase“, die

Wendung vom „Aussaugen“, die vom Mittelalter bis heute immer wieder in antijüdischen Schriften auftaucht und die Externalisierung und Dämonisierung des ‚Kapitals‘. Dabei vermischten schon die Nazis gerne jüdisch und amerikanisch. Peters führte aus, man habe nur einige Fondsgesellschaften aus den USA kritisieren wollen, so als hätten beispielsweise deutsche Banken nicht prinzipiell das gleiche Gewinninteresse. Letztendlich lenkt der Hinweis auf die ‚bösen‘ ausländischen Kapitalinteressen von den Interessengegensätzen im eigenen Land ab.

Auch für antisemitische Tendenzen in der Antiglobalisierungsbewegung gilt, dass sie nicht immer klar zu Tage treten und dass es auch Grauzonen gibt. Zum Teil werden für negative Erscheinungen tatsächlich Jüdinnen und Juden verantwortlich gemacht, zum Teil werden Vorwürfe, die historisch Juden gemacht wurden zur Erklärung wirtschaftlicher Zusammenhänge benutzt ohne dass sie in irgendeiner Weise genannt werden. Hier sollte man fragen: Werden bekannte Sprachbilder des Antisemitismus verwandt („Blutsauger“)? Liegt eine Dämonisierung vor („Heuschrecken“)? Wird eine Unterscheidung zwischen ‚schaffendem‘ und ‚raffendem‘ Kapital gemacht? Das heißt, werden alle negativen Erscheinungen nur und ohne genauere Umstände zu nennen dem Finanzsektor angelastet? Hinzu kommt der Vorwurf der heimlichen jüdischen Weltherrschaft, der zwar häufig aber nicht unbedingt an eine vermeintliche Wirtschaftslenkung durch Juden geknüpft ist. Dabei werden oft Codes verwendet, die für Uneingeweihte nicht erkennen lassen, dass Juden gemeint sind, von ‚erfahrenen‘ Antisemitinnen und Antisemiten aber verstanden werden. In den USA wird statt von Juden oft von „Ostküste“ gesprochen, der Gebrauch des Namens „Rothschild“ kann ähnlich gesehen werden. *Siehe auch im Glossar unter Dog whistle politics.*
https://www.attac.at/fileadmin/migrated/content/uploads/reader_antisemitismuskongress_2004_01.pdf

Antisemitismus in Migrantengruppen und seine Instrumentalisierung

Ein zunehmendes Problem ist Antisemitismus in Migrantengruppen, bzw. bei den Nachfahren von Migrantinnen und Migranten. Uns geht es dabei speziell darum wie der Rest der deutschen Gesellschaft damit umgeht oder nicht umgeht.

Von rechten Gruppen, die ohnehin gegen Einwanderung und Asylrecht sind, wird Antisemitismus unter Migranten häufig für deren pauschale Ablehnung funktionalisiert. Zum Beispiel behauptete die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry im April 2017 in einem Interview mit der Zeitung Die Welt, die AfD sei „einer der wenigen politischen Garanten jüdischen Lebens auch in Zeiten illegaler antisemitischer Migration nach Deutschland.“⁶

6 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163446354/AfD-ist-einer-der-wenigen-Garanten-juedischen-Lebens.html>

Während die AfD beim Antisemitismus unter Migrantinnen und Migranten sehr genau hinschaut, ist man bei Parteimitgliedern nicht so streng. So scheiterte ein Parteiausschlussverfahren wegen antisemitischer Äußerungen des Baden-Württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon am 23. 12. 2017 vor dem Schiedsgericht der Partei mit der Begründung, der Parteivorstand habe notwendige Dokumente auch auf Nachfrage nicht fristgelegt eingereicht. Dass Gedeon weiter zu antisemitischen Äußerungen in seinen Büchern steht, wollte das Schiedsgericht ihm nicht ankreiden. Denn alte Positionen nicht aufzugeben sei ja kein „Tun“, sondern nur ein „Nichtstun“. Mit anderen Worten: wer bereits Antisemit ist, darf auch in der AfD dabei bleiben. Gedeon hatte u. a. das Judentum als den „inneren“ Feind des Christlichen Abendlandes und den Islam als äußeren Feind bezeichnet. Außerdem unterstellte er dem Judentum die Absicht, die Menschheit zu versklaven. Der Landesvorstand der AfD lehnte die Wiederaufnahme des Verfahrens ab.

In Wendungen wie „antisemitische Migration nach Deutschland“ kann man wohl oft auch eine Tendenz zur Reinwaschung von gegenwärtigem Antisemitismus sehen. Ohne antisemitische Einstellungen von Migranten zu verschweigen, sollten Journalistinnen und Journalisten dieses Problem kennen. Ein bewusster Umgang mit Sprache ist das Mindeste, was man hier wie auch in anderen Fällen tun kann. Als Beispiel für eine Ausdrucksweise, die den Antisemitismus-Vorwurf schon durch die Wortwahl funktionalisiert, kann das obige Zitat von Frauke Petry dienen: Das Adjektiv „antisemitische“ wird vor „Migration“ gesetzt und auf diese Weise wird nebenher eine Pauschalisierung erzeugt. Außerdem werden zwei Worte gebraucht, die eigentlich nicht zusammengehören. Es gibt „antisemitische Hetze“, „antisemitische Straftaten“ etc. aber wie kann „Migration“ antisemitisch sein? Das ist auch als verkürzter Ausdruck nicht zu rechtfertigen, weil es einen Nebenaspekt, nämlich dass es auch antisemitisch eingestellte Migranten gibt, zum Dreh- und Angelpunkt macht. Als Gegenpol wird das Wort Deutschland gesetzt, was suggerieren kann, dass es hier ja (heute) keinen Antisemitismus gibt. Das Beispiel zeigt auch, dass der Zusammenhang wichtiger sein kann, als die einzelnen Worte.

Der Instrumentalisierung von rechts steht ein Wegsehen in großen Teilen der übrigen Gesellschaft gegenüber. Bei aller Vorsicht vor einer Stigmatisierung von Migrantinnen und Migranten wäre eine offene Diskussion über das Thema – auch mit den Betroffenen – die sinnvollere Lösung.

<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/berlin-muslime-verurteilen-antisemitismus-an-schulen-a-1146151.html>

„Israelkritik“ und Antisemitismus

Kritik an der Politik Israels und jüdischen Personen ist ohne Frage möglich und kann vollkommen berechtigt sein, sie ist nicht per se antisemitisch. Für einfache Antworten oder

Richtlinien ist das Thema zu komplex, allerdings hat der israelische Politiker und Autor Natan Sharansky einen Test entwickelt, der Anhaltspunkte liefern kann, den 3D-Test.⁷ Es versteht sich von selbst, dass auch dieser 3D-Test mit Vorsicht zu gebrauchen ist, er liefert nur Anhaltspunkte und noch keine abschließende Bewertung.

Dämonisierung: Liegt eine Dämonisierung Israels entsprechend früherer Dämonisierung von Juden vor? Eine spezielle Variante der Dämonisierung ist der direkte oder indirekte Vergleich Israels mit Nazi-Deutschland.

Doppelte Standards: Werden die gleichen Ereignisse, die in Israel kritisiert werden auch anderswo und mit der gleichen Vehemenz kritisiert? Man könnte auch noch fragen, ob gleiche Standards an die Gegner Israels angelegt werden? Zur selben Kategorie gehören auch Vergleiche, die alle Standards vermissen lassen, etwa mit Südafrika zur Zeit der Apartheid. Palästinenser können israelische Staatsbürger sein, sie sitzen in der Knesset, es gibt keine Einschränkungen bei ihrer Berufsausübung oder Parkbänke nur für jüdische Israelis. Israel ist bei allen Unvollkommenheiten doch meilenweit entfernt vom Apartheidsregime.

Delegitimierung: Israel wird das Existenzrecht abgesprochen.

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf>

http://www.salzborn.de/txt/2013_Kirche-und-Israel.pdf

⁷ <http://jcpa.org/phas/phas-sharansky-s05.htm>

VI. GLOSSAR

Wenn über Minderheiten und Migration berichtet wird, kommt es auf die richtigen Begriffe an. Wörter, die oftmals synonym verwendet werden – zum Beispiel „Flüchtling“, „Asylsuchender“ und „Migrant“ – haben sehr unterschiedliche Konnotationen und juristische Bedeutungen. Im Folgenden finden Sie einige Schlüsselbegriffe mit Definitionen von Expertinnen und Experten aus den entsprechenden Bereichen.

Ein ausführlicheres deutschsprachiges Glossar finden Sie im „*Glossar der Neuen deutschen Medienmacher*“, *Neue deutsche Medienmacher*⁸ und in "*Flüchtlingsdebatte. Die wichtigsten Begriffe für den Journalisten-Alltag*", Mediendienst Integration⁹.

Detailliertere englischsprachige Glossare zur Terminologie über Migration und Minderheiten sind hier einsehbar:

- „*Glossary on Migration*“,¹⁰ Internationale Organisation für Migration (IOM); siehe auch: IOM „*Key Migration Terms*“¹¹
- „*Asylum and Migration Glossary 3.0*“,¹² Europäisches Migrationsnetzwerk
- „*Glossary of Migration Related Terms*“,¹³ UNESCO
- „*Descriptive Glossary of terms relating to Roma issues*“,¹⁴ Europarat

ANTIZIGANISMUS (ROMAFEINDLICHKEIT)

Antiziganismus (auch als Romafeindlichkeit bekannt) ist eine spezielle Form ethnisch grundierter Vorurteile, die sich gegen Sinti und Roma richten.

Laut dem deutschen Wissenschaftler Markus End bezeichnet „Antiziganismus“ ein Phänomen, das sich historisch entwickelt hat und das „eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung bestimmter sozialer Gruppen und

8 <http://www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar/>

9 https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Informationspapier_Begriffe_Asyldebatte.pdf

10 http://www.iomvienna.at/sites/default/files/IML_1_EN.pdf.

11 <https://www.iom.int/key-migration-terms>.

12 https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/european_migration_network/docs/emn-glossary-en-version.pdf.

13 www.unesco.org/shs/migration/glossary.

14

<http://a.cs.coe.int/team20/cahrom/documents/Glossary%20Roma%20EN%20version%2018%20May%202012.pdf>.

Individuen unter dem Stigma ‚Zigeuner‘ oder anderer verwandter Bezeichnung, damit verbundene Zuschreibung spezifischer devianter Eigenschaften an die Stigmatisierten, sowie damit verbundene diskriminierende soziale Strukturen und gewaltförmige Praxen“ umfasst.¹⁵

ANTISEMITISMUS

Die *International Holocaust Remembrance Alliance* hat folgende Arbeitsdefinition für den Begriff „Antisemitismus“ festgelegt, die ebenso von einigen EU-Regierungen und dem Europäischen Parlament übernommen wurde:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich unter anderem durch Hass auf Jüdinnen und Juden ausdrückt. Verbale und physische Erscheinungsformen des Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Besitz, gegen jüdische Gemeinden und religiöse Einrichtungen.

Diese Erscheinungsformen können Kritik am israelischen Staat beinhalten, wenn dieser als ein jüdisches Kollektiv aufgefasst wird. Kritik an Israel, die der Kritik an jedem anderen Land ähnelt, kann jedoch nicht als antisemitisch aufgefasst werden. Antisemitismus wirft Jüdinnen und Juden häufig vor, sich zum Schaden anderer zu verschwören und dient oft dazu, ihnen die Schuld für „alles, was falsch läuft“ zu geben. Antisemitismus findet seinen Ausdruck in schriftlichen und mündlichen Äußerungen, in visuellen Medien und in Handlungen und verwendet negative Stereotype und „finstere“ Charaktereigenschaften.“¹⁶

Hinzu kommt, dass Antisemitismus häufig eine Verbindung zwischen Jüdinnen und Juden und Verschwörungstheorien – besonders im Zusammenhang von politischem Einfluss und Manipulation der Medien – und negativen Charaktereigenschaften wie Habgier herstellt.

ASYLSUCHEDE

Ein Asylsuchender ist eine Person, die im Rahmen der entsprechenden Gesetze „einen Antrag auf Schutz als Flüchtling gestellt hat“ und auf die „Anerkennung seines oder ihres Status‘ wartet“.¹⁷

15 Markus End, „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit: Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation“, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (2014: Heidelberg).

Verfügbar auf:

<http://www.sintiundroma.de/fileadmin/dokumente/publikationen/extern/2014StudieMarkusEndAntiziganismus.pdf>.

16 Siehe Definition auf

https://www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/press_release_document_antisemitism.pdf.

17 UNESCO, „Glossary of Migration Related Terms“, <http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/international-migration/glossary/>.

Im Allgemeinen besteht der Unterschied zwischen einem „Flüchtling“ und einem „Asylsuchenden“ darin, dass „Flüchtling“ eine Person beschreibt, die die nötigen Kriterien für diese Bezeichnung erfüllt, d. h. jemand, der oder die aufgrund von Krieg, Verfolgung oder Gewalt dazu gezwungen war, sein oder ihr Heimatland zu verlassen. „Asylsuchende“ können, müssen aber nicht zwangsläufig die Kriterien zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfüllen. In der Öffentlichkeit werden im deutschen Sprachgebrauch „Asylsuchender“ und „Flüchtling“ oft synonym verwendet.

DISKRIMINIERUNG

Grob gesagt bezeichnet Diskriminierung einen Zustand bzw. Handlungen die dazu führen, dass Mitglieder einer bestimmten Gruppe anders – zumeist schlechter – behandelt und so „davon abgehalten werden, dieselben Rechte zu genießen“¹⁸ und auf Augenhöhe mit anderen an der Gesellschaft teilzuhaben.¹⁹

Diskriminierung kann direkt oder indirekt sein.²⁰ *Direkte Diskriminierung* findet dann statt, wenn eine Person eine nachteiligere Behandlung erfährt als eine andere Person in derselben Situation. *Indirekte Diskriminierung* findet statt, wenn eine augenscheinlich neutrale Maßnahme oder vermeintlich gleiche Anforderungen sich auf einige Menschen negativer auswirken als auf andere. Diskriminierung – sowohl direkt als auch indirekt – ist rechtswidrig, wenn sie auf Grundlage einer geschützten Eigenschaft geschieht (z.B. „Rasse“, Religion, sexuelle Orientierung, Behinderung). Was als geschützte Eigenschaft gilt, variiert von Land zu Land.

Darüber hinaus sollte darauf geachtet werden, dass „positive Stereotype“ ebenfalls eine Form von Diskriminierung darstellen können, weil sie Menschen ihre Individualität abspricht und möglicherweise die Grundlage für „negative“ Diskriminierung schafft.

DOG WHISTLING

Unter diesem Begriff versteht man codierte Aussagen, die von der Öffentlichkeit als unverfänglich wahrgenommen werden und dennoch von den eingeweihten Adressaten verstanden werden. Diskriminierende und in der Öffentlichkeit geächtete Aussagen können

18 Siehe UN Women, „*Gender Equality Glossary*“, <https://trainingcentre.unwomen.org/mod/glossary/view.php?id=36&mode=letter&hook=D&sortkey=&sortorder=>

19 UNESCO, „*Glossary of Migration Related Terms*“, <http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/international-migration/glossary/>.

20 Für eine detailliertere Beschreibung auf Englisch siehe z. B., <https://www.citizensadvice.org.uk/law-and-courts/discrimination/what-are-the-different-types-of-discrimination/direct-discrimination/>.

so subtil in die politische Kommunikation eingeflochten werden. So vermeiden politische Akteure u.a. die Rede vom stereotypen jüdischen Bankier, mischen aber den Namen Rothschild in eine beispielhafte Aufzählung. Der Ausdruck kommt von der für Menschen unhörbaren Frequenz einer Hundepfeife, mit der man dem Tier Befehle erteilen kann.²¹

FLÜCHTLING

Das Büro des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) definiert „Flüchtling“ wie folgt:²²

„Ein Flüchtling ist jemand, der gezwungen wurde, sein Land aufgrund von Verfolgung, Krieg oder Gewalt zu verlassen. Ein Flüchtling hat die begründete Angst vor Verfolgung aufgrund seiner „Rasse“, Religion, Nationalität, politischen Gesinnung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten sozialen Gruppe. Höchstwahrscheinlich können er oder sie nicht in ihr Heimatland zurückkehren oder fürchten sich davor, es zu tun. Krieg und Stammeskonflikte, sowie ethnische und religiöse Gewalt sind Hauptursachen dafür, dass Flüchtlinge ihre Heimat verlassen müssen.“

HASSREDE (HATE SPEECH)

Es gibt keine allgemein anerkannte Definition für den Begriff „Hassrede“ (Hate Speech), der in verschiedenen Kontexten unterschiedlich verwendet wird. Darüber hinaus muss zwischen „emotionalen“/soziologischen/institutionellen Definitionen auf der einen und juristischen Definitionen auf der anderen Seite unterschieden werden. Was eine bestimmte Person oder Körperschaft vielleicht zu Recht als „Hassreden“ versteht, muss nicht zwangsläufig unter das gesetzliche Verbot von „Hassrede“ fallen.

Dieser Leitfaden schlägt die folgende Definition, übernommen vom Ministerrat des Europarates, als einen hilfreichen Anhaltspunkt für das Verständnis von „Hassrede“ im weiteren Sinne vor:

„[D]er Begriff „Hassrede“ ist als Überbegriff für alle Ausdrucksformen zu verstehen, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen von Hass, der auf Intoleranz – darunter Intoleranz, die durch aggressiven Nationalismus und Ethnozentrismus, Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Minderheiten, Einwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund ausgedrückt wird – basiert, verbreitet, entfacht, bewirbt oder rechtfertigt.“

21 <https://rdl.de/suche?text=dog+whistling>

22 UNHCR, „What is a refugee?“, <http://www.unrefugees.org/what-is-a-refugee/>.

HASSKRIMINALITÄT/HASSVERBRECHEN

Hasskriminalität bzw. Hassverbrechen ist in Deutschland kein strafrechtlicher Begriff, wird aber beispielsweise in der offiziellen Kriminalstatistik u.a. für Angriffe mit antisemitischem, fremdenfeindlichem oder homophobem Hintergrund verwendet. Er kann zur Beschreibung von Straftaten gegen Menschen als Zugehörige einer Gruppe, die als minderwertig bzw. ungleich verstanden wird, sinnvoll sein. Zusätzlich umfasst der Begriff alle möglichen politischen Affiliationen der Verdächtigen bzw. Täter, egal ob links, rechts oder mit islamistischem Hintergrund. Der entsprechende Begriff aus den Sozialwissenschaften ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF).

ISLAMOPHOBIE

Es gibt keine international anerkannte Definition für diesen nach wie vor umstrittenen Begriff.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OIDHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat definiert, dass „Islamophobie“ „in der Regel Angst, Hass und Vorurteile gegen den Islam und Muslime“ bezeichnet.²³

Die nichtstaatliche Interessenvertretung „Europäisches Netzwerk gegen Rassismus“ (ENAR) versteht Islamophobie als „eine spezielle Form des Rassismus, die sowohl Gewalt und Diskriminierung wie auch rassistische Äußerungen mit einschließt. Das Phänomen stützt sich auf historische Stigmatisierungen und negative Stereotype und führt zu einer Ausgrenzung und Entmenschlichung von Muslimen und allen, die als solche wahrgenommen werden. [...] Islamophobie ist eine Form von Rassismus in dem Sinne, dass aus einer Gruppe ein „Rasse“ konstruiert wird, der wiederum gewisse Eigenschaften und Stereotype zugeschrieben werden.“²⁴

Jedoch sollte der Begriff „islamophobisch“ nicht dazu verwendet werden, um Kritik am Islam (als einer Reihe von Idealen, Traditionen und Lehren) an sich zu ächten. ENAR merkt dazu an: „Islamophobie hat nichts mit Kritik am Islam zu tun. Der Islam als eine Religion, bzw. als eine Ideologie, muss wie jede andere Religion oder Ideologie kritisiert werden können.“

Angesichts der Besorgnis, dass der Begriff „Islamophobie“ dazu genutzt werden kann, Kritik an Religion und islamischen gesellschaftlichen Doktrinen zu delegitimieren, bevorzugen

23 Siehe OSCE/ODIHR/Europarat/UNESCO, „Pädagogischer Leitfaden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen“, <http://unesdoc.unesco.org/images/0021/002152/215299e.pdf>.

24 Europäisches Netzwerk gegen Rassismus, „Frequently asked questions“, <http://www.enar-eu.org/-1160>.

einige Expertinnen und Experten stattdessen „Hass auf Muslime“ oder „antimuslimischer Rassismus“, um den Fokus auf die Bekämpfung von Hassreden gegen Individuen zu lenken.

MIGRANT, MIGRANTIN

Das „*Glossary on Migration*“ der Internationalen Organisation für Migration (IOM) definiert „Migrant“ wie folgt:

„Auf internationalem Level existiert keine allgemein anerkannte Definition für Migrant bzw. Migrantin. Der Begriff wird in der Regel als Oberbegriff zur Abdeckung all der Fälle verstanden, bei denen die Entscheidung auszuwandern von den betroffenen Personen freiwillig und aus Gründen der „persönlichen Zweckmäßigkeit“ und ohne äußeren Zwang gefällt wurde. Dieser Begriff trifft daher auf Personen, und Familienmitglieder, zu, die in ein anderes Land oder eine andere Region auswandern, um ihre materiellen oder sozialen Bedingungen und die Aussichten für sich und ihre Familie zu verbessern.“²⁵

„Migration“ als eine freiwillige Bewegung zu definieren, übersieht aber möglicherweise Fälle, bei denen die Menschen dringende Gründe besitzen, ihr Heimatland zu verlassen, auf die aber der Begriff „Flüchtling“ ebenfalls nicht zutrifft. Dies gilt beispielsweise für eine Person, die vor den Auswirkungen extremer Wetterverhältnisse (z.B. Dürren) flieht, welche möglicherweise durch den Klimawandel ausgelöst wurden.²⁶ Journalistinnen und Journalisten, die den Begriff „Migrant“ verwenden, sollten daher darauf achten, diese Umstände, die in der Praxis zu „unfreiwilliger Migration“ führen, genauer zu erklären.

25 Internationale Organisation für Migration (IOM), „*Glossary on Migration*“, http://www.iomvienna.at/sites/default/files/IML_1_EN.pdf.

26 Für mehr Informationen, siehe relevante Webseite des UNHCR (<http://www.unhcr.org/climate-change-and-disasters.html>) sowie UNESCO „*Glossary of Migration Related Terms*“, <http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/international-migration/glossary/>.

OTHERING

„*Othering*“ ist ein Begriff aus der Soziologie. Er bezeichnet die Behandlung einer bestimmten Kultur als „grundlegend anders als eine andere Gruppe von Individuen“, „oftmals durch das Hervorheben ihrer Andersartigkeit“.²⁷

„*Othering*“ bedeutet also, eine Einteilung in zwei binäre, sich gegenseitig ausschließende und als homogen verstandene Gruppen herzustellen: „wir“ und „die“. Damit ist „*Othering*“ ebenso, wenn auch indirekt, eine Aussage über die „eigene“ Gruppe.

RASSISMUS

Rassismus bezeichnet die Diskriminierung und Abwertung von Menschen – vermeintlich – anderer ethnischer Herkunft. Ausschlaggebend für die Kategorisierung sind körperliche Merkmale wie Hautfarbe, aber auch Sprache oder Religionszugehörigkeit. Die so konstruierten, angeblich homogenen Gruppen werden als minderwertig und unterlegen definiert und deshalb ausgegrenzt und verfolgt.

Obwohl der Begriff ‚Rasse‘ im deutschen Sprachgebrauch weitgehend durch den Gebrauch im Nationalsozialismus diskreditiert ist, bleibt das Konzept nach wie vor präsent. Zudem wurde die ältere biologisch-genetische Definition von ‚Rasse‘ mittlerweile durch den ebenso diskriminierenden Verweis auf kulturelle Herkunft abgelöst.

XENOPHOBIE

Dieser Begriff bedeutet wortwörtlich „Angst vor Fremden“, in der Praxis bezeichnet er jedoch den Hass gegen eine Person, die als „fremd“ oder als „außerhalb der Gemeinschaft oder Nation“ stehend angesehen wird.²⁸ Der äquivalente deutsche Ausdruck lautet „Fremdenfeindlichkeit“.

27 Englischsprachige Definition von Merriam-Webster, <https://www.merriam-webster.com/words-at-play/other-as-a-verb>.

28 UNESCO, „*Glossary of Migration Related Terms*“, <http://www.unesco.org/new/en/social-and-human-sciences/themes/international-migration/glossary/>.

DANKSAGUNG:

Wir danken den folgenden Expertinnen und Experten, die bei der Erstellung dieses Dokuments geholfen haben:

Özkan Ezli, Nicole Falkenhayner, Markus End, Viktoria Balon, Ulrike Schnellbach, Florian Eisheuer, Andreas Kemper, Nausikaa Schirilla, Iris Tonks.

Die deutsche Version wurde koordiniert und herausgegeben von Jan Keetman und Pia Masurczak.

NACHWORT

Dieses Dokument ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Radiosendern aus acht Ländern (Österreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Slowenien und Spanien) als Teil des europäischen Projekts *RESPECT WORDS: Ethical Journalism against Hate Speech*.

Der Inhalt von „Berichterstattung über Migration und Minderheiten: Möglichkeiten und Leitfaden“ gibt die Ergebnisse der Workshops und Recherchen zur journalistischen Berichterstattung über Migration und Minderheiten in Europa wieder, die durch die Projektpartner im Frühling 2017 durchgeführt wurden.

Dieses Dokument dient der Unterstützung von Journalistinnen und Journalisten, die über diese komplexen Themen berichten. Es soll dazu beitragen, die Medienberichterstattung in diesem Bereich zu verbessern und die weitere Verbreitung diskriminierender und hasserfüllter Debatten in Europa zu verhindern.